

**Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung**
Wortprotokoll
22. Sitzung

Berlin, den 15.12.2010, 09.00 bis 11.30 Uhr

Sitzungsort: Berlin

Sitzungssaal: Paul-Löbe-Haus, Berlin

Vorsitz: Dagmar Wöhrl, MdB

Öffentliche Anhörung zum Thema:

"Financing for Development"

Sachverständige:

Susanne Mauve	Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)
Peter Lanzet	VENRO
Dr. Peter Nunnenkamp	Institut für Weltwirtschaft Kiel
Peter Wahl	Steuer gegen Armut
Dr. Jörg Alt	Steuer gegen Armut
Dr. Peter Wolff	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)

Anwesenheitsliste*

Sachverständige zur öffentlichen Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
"Financing for Development"
am 15. Dezember 2010 im Jakob-Kaiser-Haus, Raum 1.228,
9.00 bis 11.00 Uhr

Susanne Mauve Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)	
Peter Lanzet VENRO	
Dr. Peter Nunnenkamp Institut für Weltwirtschaft Kiel	
Peter Wahl Steuer gegen Armut	
Dr. Jörg Alt Steuer gegen Armut	
Dr. Peter Wolff Deutsches Institut für Entwick- lungspolitik (DIE)	

Stand: 15. Dezember 2010

Mittwoch, 15. Dezember 2010, 09:00 Uhr

DEUTSCHER BUNDESTAG

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Sitzung des Ausschusses Nr. 19 (Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)

Ordentliche Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift
<u>CDU/CSU</u>		<u>CDU/CSU</u>	
Fischer (Göttingen), Hartwig		Flosbach, Klaus-Peter
Haibach, Holger		Götz, Peter
Hübinger, Anette		Grund, Manfred
Klimke, Jürgen		Hahn, Florian
Pfeiffer, Sibylle		Hörster, Joachim
Riegert, Klaus		Jüttner Dr., Egon
Selle, Johannes		Klein, Volkmar
Weiss (Wesel I), Sabine		Lämmel, Andreas G.
Wöhrl, Dagmar		Ruck Dr., Christian
<u>SPD</u>		<u>SPD</u>	
Hendricks Dr., Barbara		Binding (Heidelberg), Lothar	
Kofler Dr., Bärbel		Erler Dr. h.c., Gernot
Lischka, Burkhard		Schwabe, Frank
Raabe Dr., Sascha		Tiefensee, Wolfgang
Roth (Esslingen), Karin		Zöllmer, Manfred
<u>FDP</u>		<u>FDP</u>	
Daub, Helga		Koppelin Dr. h.c., Jürgen
Günther (Plauen), Joachim		Meinhardt, Patrick
Leibrecht, Harald		Müller-Sönksen, Burkhardt
Ratjen-Damerou Dr., Christiane		Schuster, Marina
<u>DIE LINKE.</u>		<u>DIE LINKE.</u>	
Groth, Annette		Bluhm, Heidrun
Hänsel, Heike		Hunko, Andrej
Movassat, Niema		Wawzyniak, Halina	
<u>BÜ90/GR</u>		<u>BÜ90/GR</u>	
Hoppe, Thilo		Andreae, Kerstin
Kekeritz, Uwe		Malczak, Agnes
Koczy, Ute		Terpe Dr., Harald

off.

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19)

Mittwoch, 15. Dezember 2010, 09:00 Uhr

Fraktionsvorsitzende:

Vertreter:

CDU/ CSU
SPD
FDP
DIE LINKE.
BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN

Fraktionsmitarbeiter:

Fraktion:

Unterschrift:

(Name bitte in Druckschrift)

Möller	SPD	Möller
Quilcke	Liberal/FDP	S. Ehlert
Pohlmann	CDU/CSU	Pohlmann
.....
.....
.....
.....

Mittwoch, 15. Dezember 2010, 09:00 Uhr

Ministerium bzw. Dienststelle (bitte Druckschrift)	Name (bitte Druckschrift)	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Unterschrift
BIZ	Zehrenmühl	Jus PStin	Zehrenmühl
BIZ	Goldmann	OALi	Goldmann
BIZ	Büchel	BRia	Büchel

Bundesrat: (bitte Druckschrift)	Unterschrift	Dienststellung (bitte nicht abgekürzt)	Land

Konzept für die öffentliche Anhörung
des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
am 15. Dezember 2010 zu

"Financing for Development"

A. Einführung

Die Erreichung der international auf Ebene der Vereinten Nationen vereinbarten Entwicklungsziele hängt im besonderen Maße von der Verfügbarkeit finanzieller Ressourcen ab. Auf der einen Seite muss die Bereitschaft der Industriestaaten zur Erhöhung der öffentlichen Entwicklungshilfe sowie zur Neujustierung der Weltfinanz- und Handelsordnung hin zu einer verstärkten Ausrichtung auf Armutsbekämpfung sowie zur Realisierung von Entwicklungschancen stehen. Auf der anderen Seite müssen entschiedene Bemühungen der Entwicklungsländer zur intensiveren Mobilisierung einheimischer Ressourcen insbesondere mittels innerstaatlicher Reformbemühungen, zum Beispiel im Bereich der Korruptionsbekämpfung, dem Ausbau von Rechtstaatlichkeit oder dem Aufbau funktionierender Bankensysteme, eingefordert werden. Beiderseitige Verantwortung liegt zudem in der Schaffung von günstigeren Rahmenbedingungen für einen erhöhten Zufluss internationaler privater Finanzmittel, v.a. in Form von an den Leitlinien des *Global Compact* orientierten ausländischen Direktinvestitionen.

Mit dem 2002 geschlossenen *Monterrey Consensus* wurden erste Schritte in die richtige Richtung eingeleitet und zum Teil auch schon erreicht. Auf lange Sicht müssen diese umfassend und konsequent umgesetzt werden, um auch das 0,7%-ODA-Ziel zu erreichen.

Zudem hat die jüngste Finanz- und Weltwirtschaftskrise gezeigt, dass die internationale Finanzarchitektur so ausgerichtet ist, dass durch Einbrüche gerade auch diejenigen Staaten empfindlich getroffen werden, die nicht zu den Krisenverursachern zählen. Dies konterkariert alle Bemühungen zur Förderung von Entwicklung und Armutsbekämpfung. Ziel muss deshalb die Etablierung innovativer Instrumente sein, die Entwicklung finanzieren und gegebenenfalls regulierend auf die internationalen Finanzmärkte einwirken.

Überdies sollte angestrebt werden, private wie öffentliche Finanzressourcen in höherem Maße als bisher und mittels innovativer Instrumente nachhaltig zu mobilisieren, effizient zu verteilen sowie diese Anstrengungen durch die entsprechenden Anpassungen struktureller Rahmenbedingungen auf internationaler Ebene und in den Entwicklungsländern selbst zu stützen.

B. Ablauf

Die Anhörung wird in zwei Runden gegliedert:

- I. In der ersten Runde soll im Allgemeinen die Entwicklung der Umsetzung der Vereinbarungen im Rahmen des „Finance for Development“- Prozesses und im Speziellen über den deutschen Anteil hieran dargelegt werden.

Sachverständigenvorschlag:

- **VertreterIn von VENRO**
- **Dr. Peter Nunnenkamp**, Institut für Weltwirtschaft Kiel

- II. Der zweite Teil soll sich mit Mitteln und Wegen zur konsequenteren Umsetzung der im Rahmen des „Finance for Development“-Prozesses vereinbarten Ziele beschäftigen. Ausserdem sollen die Weiterentwicklung dieser Ziele und konkret Fragen der Entwicklung und Einführung innovativer Instrumente zur verstärkten Mobilisierung von privaten und öffentlichen einheimischen und internationalen Ressourcen zur Finanzierung von Entwicklung und Armutsbekämpfung beleuchtet werden.

Sachverständigenvorschlag:

- **VertreterIn der Kampagne „Steuer gegen Armut“**
- **Frau Susanne Mauwe**, Kreditanstalt für Wiederaufbau, Abteilungsleiterin L1B (Förderinstrumente und Verfahren)
- **Prof. Dr. Lieven Denys**, Vrije Universiteit Brussel, Mitglied des Committee of Experts der Leading Group on Innovative Financing for Development
- **Prof. Dr. Helmut Reisen**, OECD Development Center, Head of Research

Die Vorsitzende eröffnet die Anhörung: Ich begrüße Sie herzlich zu unserer öffentlichen Anhörung „Financing for Development“. Ich begrüße herzlich unsere Experten, die Vertreter der Medien und begrüße unsere Zuschauer auf der Empore. Das gibt uns immer auch das Gefühl, dass ein Interesse an dem Thema besteht. Bevor ich in unser heutiges Thema ganz kurz einleiten werde, gebietet es die Höflichkeit, dass ich unsere Experten vorstelle, und zwar werde ich das in alphabetischer Reihenfolge tun, sodass sich niemand bevorzugt oder benachteiligt fühlt. Als erstes Dr. Jörg Alt von der Jesuitenmission Nürnberg, der mit Herrn Peter Wahl die Kampagne „Steuer gegen Armut“ vertritt. Herzliches „Grüß Gott“ an Herrn Peter Lanzet vom evangelischen Entwicklungsdienst als Sprecher des NGO-Dachverbandes VENRO-AG. Frau Susanne Mauve, ebenso herzlich willkommen, Projektmanagerin bei der KfW mit den EZ-Schwerpunkten Landwirtschaft, Wasser und Gesundheitsversorgung. Dazu Herrn Dr. Peter Nunnenkamp vom Institut für Weltwirtschaft (IfW) Kiel, mit dem Forschungsschwerpunkt „Determinanten und Effekten von Entwicklungshilfe“. Und, last but not least, Herrn Dr. Peter Wolf, Leiter der Abteilung Weltwirtschaft und Entwicklungsfinanzierung beim Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE). Abgesagt haben, das bedauere ich sehr, Herr Dr. Josef Ackermann, der als Vorsitzender des Weltbankenverbandes eingeladen gewesen ist. Was ich auch bedauere, Herr Dr. Adalbert Winkler, Professor für Development Finance an der Frankfurt School for Finance & Management und akademischer Leiter des Centre for Development Finance. Nichtsdestoweniger sind wir heute hochkarätig vertreten mit unseren Experten und ich bin ganz sicher, dass wir eine sehr gute Anhörung haben werden. Zum Thema selbst ist uns allen klar, dass wir ein szige Ziel haben. Wir haben das ehrgeizige Ziel, die MDG-Ziele zu erreichen und wir wissen auch, dass wir das nicht können, wenn wir nicht unsere finanziellen Anstrengungen noch erhöhen. Wenn wir zurückblicken, 2002 hat sich in Monterrey zum ersten Mal eine Konferenz der UN mit Entwicklungsfinanzierung beschäftigt. Wenn man darüber nachdenkt, das liegt ja bereits 8 Jahre zurück, ist das aber trotzdem relativ spät, wenn man bedenkt wie lange es Entwicklungsfinanzierungen gibt. Im Anschluss an diese Konferenz hatte man auch eine positive Entwicklung. Die ODA-Mittel wurden innerhalb von fünf Jahren von 58 Milliarden US-Dollar auf 104 Milliarden US-Dollar erhöht. Positiv am Monterrey-Prozess war vor allem, dass man es geschafft hat, alle Akteure an einen Tisch zu bekommen, ob es die Regierungen, Weltbank, IWF, WTO, Privatwirtschaft oder NGO's gewesen sind. Dann hatten wir Doha 2008, da war schon die Finanzkrise, und es wurden leider keine konkreten Vereinbarungen mehr getroffen. Wenn wir heute unsere internationale Finanzstruktur ansehen, stimmen Sie mir zu, dass sie immens komplex ist. Wir haben eine Vielzahl von bilateralen Gebern, von UN-Agenturen bis hin zu einer sehr stark wachsenden Anzahl von globalen Fonds, bei denen ich manchmal das Gefühl habe, die sprießen nur so aus dem Boden. Die Entwicklung, die wir immer sehr ausführlich im Ausschuss diskutieren, hat uns zweierlei vor

Augen geführt. Nämlich, das wir dringend ein vertragliches Regelwerk für ein globales Finanz- und Währungssystem brauchen, einmal zum eigenen Schutz, aber auch zum Schutz von denjenigen Staaten, deren Entwicklung durch die Folgen solcher Krisen substanziell behindert, wenn nicht sogar nachhaltig gestört wird. Zweitens, wenn man die jüngste Krise in Indien mit dem Mikrofinanzsystem sieht, sieht man auch, dass „gut gemeint“ nicht immer auch bedeutet „gut gemacht“. Ich spreche das auch ganz offen an, denn wenn nur wenige Banken eine unverantwortliche Schuldenspirale in Gang setzen und eine neue Subprimekrise auf dem Rücken der Ärmsten droht, ist das schon etwas, worüber wir uns Gedanken machen sollten. Sicher muss man hier vor Überreaktionen warnen. Man muss auch sehen, dass immer noch mehr als 2,5 Milliarden Menschen weltweit von Finanzdienstleistungen abgeschnitten sind. Wir sind alle gespannt auf die Anhörung, auf Ihre Einschätzungen und Ideen. Ich hoffe, dass wir anschließend alle etwas gescheiter aus der Anhörung herauskommen als wir hinein gegangen sind. Vorgesehen ist die Anhörung bis kurz vor 11 Uhr. Ich werde leider kurz vor 11 Uhr schließen müssen, weil die Kanzlerin eine Regierungserklärung abgibt und die Kollegen die Möglichkeit haben sollen, noch rechtzeitig ins Plenum zu gehen. Wir haben die Anhörung in zwei Runden gegliedert. Die erste Runde mit 30 Minuten, wo es aktuell um den Stand der Vereinbarung von Monterrey, und speziell den deutschen Anteil daran, gehen soll. In der zweiten Runde sollen die Mittel und Wege zur Umsetzung der Beschlüsse beraten werden, besonders auch innovative Finanzierungsinstrumente. Ich beginne mit dem ersten Teil, bei dem im Anschluss eine Fragerunde von insgesamt 15 Minuten folgen soll. Wir haben zwei Inputs der Sachverständigen, und zwar von Prof. Dr. Peter Nunnenkamp und von Herrn Peter Lanzet von je sieben Minuten. Herr Peter Nunnenkamp, Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Peter Nunnenkamp (Institut für Weltwirtschaft, Kiel) Ich danke Ihnen. Sechs beispielhafte Sätze in sieben Minuten. Das bietet eine Minute Zeit, um eines klarzustellen: Das Institut für Weltwirtschaft hat weder WEED übernommen noch hat WEED das Institut für Weltwirtschaft übernommen. Insofern sitzen wir zwar nebeneinander, sind aber immer noch nicht in der gleichen Koalition. Vielleicht in der Koalition der Willigen, das werden wir sehen. Also, sechs beispielhafte Entwicklungen zu Monterrey. Herr Lanzet versucht in seiner Übersicht einen Gesamtüberblick zu bieten. Ich habe das gar nicht erst versucht, sondern habe mir sechs beispielhafte Themen herausgegriffen. Das erste heißt Korruption. Korruption ist angeblich, was nicht heißt, dass ich es bestreiten will, für alles wichtig, unter anderem für die Mobilisierung von heimischen Ressourcen, ein Schwerpunkt in Monterrey. Wenn das so ist, was ich wie gesagt nicht bestreite, wundere ich mich, dass das offensichtlich keinen interessiert, insbesondere nicht die Geber. Denn wenn es die Geber interessieren würde, müssten sie ja ihre Hilfe nach diesem Kriterium vergeben, also insbesondere Länder begünstigen, die weniger Korruption haben, die die Korruption besser bekämpfen oder dies zumindest glaubhaft

versprechen. Das tun sie nicht. Das haben sie vor Monterrey nicht getan, das haben sie nach Monterrey nicht getan. Das tut übrigens auch Deutschland nicht. Das sind jetzt alles Behauptungen, wenn Sie diese nicht glauben, werde ich die Belege gerne nachliefern.

Das zweite Beispiel betrifft den Hype, den Monterrey zur Mobilisierung von privaten Ressourcen verbreitet hat, insbesondere bei ausländischen Direktinvestitionen. Das ist mein zweiter Forschungsschwerpunkt. Ich habe nie verstanden, warum dieser Hype in Monterrey veranstaltet worden ist. Er ist auch ohne große Konsequenzen geblieben, würde ich mal behaupten. Wenn ausländische Direktinvestitionen nutzen, dann vermutlich am wenigsten dort, wo sie am dringendsten benötigt werden, nämlich in den armen Ländern. Ich sehe zumindest die Forschung so einigermaßen korrekt zusammengefasst, dass es hochambivalente Effekte hat und es in erster Linie nicht darum geht, allen Ländern Zugang zu diesem Allheilmittel zu verschaffen. Die Länder haben dies übrigens versucht. Der Effekt ist absolut marginal. Wenn sie sich benachteiligte Gruppen ansehen wie die Länder mit den niedrigsten Einkommen, Binnenländer oder Inselstaaten, sind deren Anteile an diesem Boom von Direktinvestitionen, wenn überhaupt, nur marginal gestiegen.

Mein drittes Beispiel betrifft die Debatte über die Aufstockung der ODA-Quote. Jeder von Ihnen weiß vielleicht besser als ich, dass wir von der 0,7-Prozent-Quote weiterhin weit entfernt sind. Das gilt für die DAC-Länder insgesamt, das gilt für Deutschland. Teilweise rechnet man sich gesund, indem man Schuldenerlasse mit einrechnet. Dadurch sah das eine Zeit lang etwas besser aus. Jetzt fällt dies weg. Wenn man nun großzügig aufrundet, sind wir bei 0,4-Prozent. Das 0,7-Prozent-Ziel haben wir inzwischen seit Dekaden und nicht erst seit Monterrey. Ich bin immer Pessimist gewesen und glaube nicht, dass wir das irgendwann erreichen. Auf jeden Fall sind wir meilenweit davon entfernt und Deutschland ist nahezu genau so weit davon entfernt wie der Durchschnitt der DAC-Länder.

Eine vierte Bemerkung zu den innovativen Finanzinstrumenten. Dazu werden wir heute viel hören, weshalb ich mich kurzfassen werde. Ich verstehe auch diese Faszination nicht richtig. Wenn wir glauben, dass wir bestimmte öffentliche Güter produzieren müssen, dann weiß ich nicht, warum wir Spezialinstrumente dafür wollen. Wir müssten eben Steuern erhöhen, wenn es mit Mittelleinsparungen nicht geht. Warum wir dafür innovative Finanzinstrumente brauchen, weiß ich nicht. Ich versteh auch nicht die Argumentation meiner Kollegen, wonach man damit zwei Ziele gleichzeitig verfolgen kann. Es ist hochproblematisch, mit einem Instrument zwei Ziele zu verfolgen. Mit Verlaub, dass wissen wir alle von der Tabaksteuer. Wenn wir ein Regulierungsziel und ein Mittelaufbringungsziel haben, dann führt das immer zu Konflikten. Wenn wir die Regulierung sehr ernst nehmen, also wenn ich den Tabakkonsum drosseln will, muss ich die Steuer sehr hoch setzen, wodurch irgendwann die Einnahmen sinken. Im Optimalfall sind die Einnahmen null, weil keiner mehr raucht. Wenn ich die Regulierung bei Finanzmärkten richtig drastisch machen will, wofür es Gründe geben mag, muss ich die Steuer

sehr hoch setzen, wodurch ich irgendwann keine Einnahmen mehr habe. Das heißt, ich kann nur ein Ziel mit einem Instrument optimieren. Das ist ein Grundtatbestand der Ökonomie, vielleicht der einzige den ich bei meiner Wissenschaft noch glaube. Es geht darum, dass man irgendwelche Kompromisse macht. Wenn ich aber Regulierung ernst nehme und Rauchen damit auf null führen oder Finanzmarktvolatilität richtig reduzieren will, muss ich den Steuersatz auch danach optimieren. Dies ist dann keine Einnahmeoptimierung mehr. Das ist der Punkt, den ich verdeutlichen will. Übrigens haben wir dafür hinterher alle Zeit der Welt und Sie werden die Gegenposition hören.

Fünftes Beispiel, Harmonisierung und Koordinierung von Entwicklungshilfe. Auch da wird im Monterrey-Konsens ein Punkt daraus gemacht. Auch das aus gutem Grund, weil es diese Koordinierung und Harmonisierung bisher nicht gegeben hat. Ich habe keine aktuelle Untersuchung dazu, es gibt sie auch nicht. Wir haben eine Untersuchung vor zwei, drei Jahren gemacht. Danach gibt es wenig bis keine Bemühungen der Geber, sich zu spezialisieren, d.h. sich auf eine begrenzte Anzahl von Empfängerländern und auf eine begrenzte Anzahl von Bereichen zu konzentrieren. Das gilt für Deutschland und für die meisten DAC-Länder. Es gab bis 2006 keine Veränderung. Deutschland ist einer derjenigen Geber, die ihre Hilfe relativ weit streuen, das heißt über viele Länder und Bereiche. Deutschland ist eins der wenigen Länder, die im Zeitablauf bis 2006 die Streuung verbreitet hat, also sich nicht stärker spezialisiert bzw. konzentriert, sondern mehr Länder und Bereiche übernommen hat. Das widerspricht der Thematik „bessere Spezialisierung“, „mehr Fokussierung“ und „bessere Harmonisierung“. Wenn Sie die Überlappung von Entwicklungshilfe nach Bereichen und Ländern vergleichen, gibt es für den Zeitraum bis 2006 wiederum keine Tendenz, dass DAC-Länder sich zunehmend abstimmen.

Letzte Bemerkung, „Aid for Trade“ wird relativ hoch gehandelt, auch im Monterrey-Konsens, und zwar aus Gründen, die ich nicht verstehe. Was unter „Aid for Trade“ läuft ist weitestgehend nicht „Aid for Trade“, sondern zu über 80 Prozent Hilfe im Infrastrukturbereich und beim Produktionssektor. 75 Prozent sind, so glaube ich, Infrastruktur. Da weiß ich nicht, welchem Handel das nutzt, unserem oder demjenigen der Empfängerstaaten. Dies ist völlig unklar. Die Statistiken sind völlig aussagelos. Was man nur sehen kann ist, dass es bei dieser Art der Hilfe keine Bemühung der Geber gibt, sie auf die wirklich bedürftigen Länder zu konzentrieren. Zwei Drittel der deutschen Hilfe bei „Aid for Trade“ geht in Länder mit relativ hohem Einkommen, also Mitteleinkommensländer und nicht Niedrigeinkommensländer. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Dr. Nonnenkamp. Herr Peter Lanzet, bitte.

Peter Lanzet (VENRO): Vielen Dank Frau Vorsitzende. Die Arbeitsgemeinschaft „Internationale Finanzinstitution- und Armutsbekämpfung“ gibt es mit unterschiedlichen Namen

etwa 20 Jahre bei VENRO. Ich stimme Herrn Nunnenkamp bei vielem zu, außer bei der Aid-Effectiveness. Ich glaube, da tun Sie den Kollegen vom BMZ Unrecht, aber die können sich nachher ja selbst verteidigen. Sieben Minuten sind sehr wenig. Ich möchte zunächst auf die deutsche Politik schauen und dann die zivilgesellschaftlichen Forderungen mit einbringen. Bei der Mobilisierung nationaler Mittel, das kann eher als ein EZ-nahes Thema aufgefasst werden, hat die EZ über die verschiedenen Regierungen in Deutschland seit Monterrey einiges an Stärkung von Institutionen geleistet, gerade im Bereich Rechenschaftslegung und Accountability. Man versucht private Finanzierungen über „PPP's“, „Microfinance“ und „Smart Economics“ zu stärken. Sie kennen die Begriffe „Make Finance Work for Africa“ und neuerdings auch „Alliance for Financial Inclusion“. Da ist die deutsche EZ relativ stark engagiert. Ich möchte auch sagen, dass die deutschen NGO's in dem Bereich der Mobilisierung nationaler Mittel des informellen Sektors der Wirtschaft, eine relativ wichtige Rolle spielen. Als NGO's haben wir schon damals in Monterrey und später auch bei der DOHA „Finance for Development“-Nachfolgekonferenz immer gefordert, dass man eine armutsorientierte Wachstumspolitik braucht. Das sehen wir nach wie vor nicht verwirklicht. Wir wollten Sozialversicherungssysteme, Sozialtransfers usw. weitgehend vermeiden. Wegen der Finanzkrise hat es allerdings ein paar Stimuli gegeben. Das ist eine neue Politik. Ich glaube, dass im Zusammenhang mit der Mobilisierung nationaler Mittel in Zukunft alle EZ-Maßnahmen in die Aid effectiveness-Prinzipien eingebunden werden. Vielleicht gibt es nachher noch Zeit, um darüber etwas mehr zu sprechen. Bei den privaten Zuflüssen hat die Bundesregierung bzw. die Bundesrepublik keine sehr rühmliche Rolle gespielt, keine eigenen Politiken vorangetragen und keine Initiativen entwickelt. Was wir sehen müssen ist, dass es nach wie vor einen Nettokapitaltransfer gibt. Der war schon mal höher als im Augenblick. Im Augenblick beträgt er etwa 568 Milliarden US-Dollar. Das geht in die Richtung desjenigen, was Herr Nunnenkamp dargestellt hat. Die Mittel kommen nicht dorthin wo sie wichtig wären. Es ist längst nicht so, dass damit „Greenfield Investments“ oder auch nur „Mergers & Acquisitions“ finanziert werden, sondern es gibt eine ganz deutliche Tendenz, diese Mittel für spekulative Portfolio-Investments zu nutzen, oder eben auch um Währungsreserven aufzubauen. Dazu gäbe es auch Alternativen, dies ist aber ein anderes Thema. Die Bundesregierung hätte sich durchaus, anstatt nur Privatsektorförderung zu betreiben, in diesen Bereichen engagieren können, indem sie zum Beispiel versucht hätte, einen unabhängigen Bericht pro Jahr über die deutschen Investoren als Entwicklungshelfer zu erstellen. Im Hintergrund steht ja die Theorie, dass „mehr Privatsektorförderung“ und mehr private Zuflüsse die Entwicklung fördern. Lassen sie uns doch mal konkret anschauen, was die deutschen Investoren als Entwicklungshelfer tun.

Den Welthandel überspringen wir, der war in Doha und in Monterrey auch kein großes Thema, da er in einen anderen Bereich gehört. Bei der ODA-Quote ist es uns als Zivilgesellschaft sehr wichtig, dass wir jetzt auch die Klimafinanzierung stark mitbedenken. Im Augenblick ist es so,

dass wir diese fast vollständig aus der ODA-Quote nehmen. Das ist von der Logik her für uns nicht nachvollziehbar, weil Klimafinanzierung nach dem Verursacherprinzip geregelt werden müsste. ODA ist eine ganz andere Geschichte. Zumindest wir als Zivilgesellschaft sehen da noch ein Kompensationselement, aber es gibt ja unterschiedliche Logiken. Wir denken, dass man ein Prozent des BIP letztendlich ansteuern müsste. Dafür treten wir auch ein. Wir wollen eine Development-Effectivness, die eine kohärente Entwicklungspolitik verwirklicht.

Bei den Auslandsschulden haben die Deutschen durchaus eine positive Rolle gespielt. Sechs Milliarden Euro sind nominal erlassen worden. Zwei Dinge sind hier wichtig: auf der einen Seite sagt der Alessia-Schuldenreport, dass 51 der untersuchten 100 Länder mindestens einen Indikator jenseits der kritischen Grenzwerte haben und man argumentiert, dass eine neue Schuldenspirale in den Entwicklungsländern dabei ist, sich zu entwickeln. Darauf muss reagiert werden. Auf der anderen Seite ist es so, dass die verschiedenen Bundesregierungen sich immer sehr stark für die Frage der Staateninsolvenz engagiert haben, leider bisher nicht mit viel Erfolg gekrönt. Dieses Engagement erhält nun einen neuen Schub aufgrund der neuen europäischen Situation. Es gibt auch neue Initiativen des BMZ, das Thema zu diskutieren. Da müssen wir dranbleiben.

Bei den systemischen Fragen ist es so, dass die Zivilgesellschaft entsetzt war, welche Folgewirkungen die Finanzkrise auf die Entwicklungsländer hatte. Wir verlangen in diesem Zusammenhang keine „Light-Version“ von Bankenregulierung. Es reicht nicht aus, dass man Leerverkäufe nur mal für ein paar Monate verbietet und das auch nur bei Staatsanleihen, sondern man muss, insbesondere im Bereich Nahrungsmittel und Ressourcen, Leerverkäufe auf Dauer verbieten, den Handel mit Derivaten nur registriert zulassen, BASEL III nicht nur für Banken sondern auch für Finanzinstitutionen wie Hedgefonds, Private Equity usw. einführen, Institute sofern sie systemische Risiken darstellen auch aufteilen und letztlich, darüber werden wir noch Zeit haben zu sprechen, eine Finanztransaktionssteuer einführen. Das wäre uns ganz besonders wichtig. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank für die kurzen Impulsreferate. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen ihre Fragen zu sammeln. Es ist vereinbart, dass von einer Fraktion immer eine Frage gestellt wird. Wir werden diese sammeln. Ich bitte auch, immer die Sachverständigen zu benennen, an die die jeweilige Frage gerichtet ist. Eine Frage kann auch an mehrere Sachverständige gerichtet sein. Als erstes hat sich der Abg. Hoppe gemeldet.

Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herzlichen Dank. Herr Dr. Nunnenkamp, ich wollte ihrem Pessimismus ein bisschen Optimismus entgegensetzen und sagen, dass es sehr wohl einige Länder gibt, die jetzt schon die 0,7-Prozent-Marke erreicht haben, skandinavische Länder oder Luxemburg etwa, und dass Großbritannien, eine vergleichbare Volkswirtschaft,

schon 2013 die ODA-Ziele erreicht. Es ist also nicht ganz so unrealistisch. Ich glaube auch, dass man allein mit Haushaltsmitteln bei einer entsprechenden Prioritätensetzung die 0,7 Prozent erreicht. Bei der zusätzlichen Klimafinanzierung wird es allerdings eng, da brauchen wir innovative Finanzierungsinstrumente. Ich fand es sehr interessant, was Sie beide zu ausländischen Direktinvestitionen gesagt haben. Der deutsche Investor als Entwicklungshelfer. Ich denke, da muss die Situation sehr differenziert betrachtet werden. Wir können bei Delegationsreisen sehr wohl Investitionen der Privatwirtschaft sehen, die einer nachhaltigen Entwicklung dienen. Aber es gibt auch andere Investitionen, die das Gegenteil bewirken. Momentan führen die großen Landkäufe, 45 Millionen Hektar Grundbesitz wurde allein im Jahre 2009 von Großinvestoren, teilweise auch von deutschen Investoren gekauft, ganz oft zu Landvertreibungen, steigern Hunger und Armut und bewirken wirklich das Gegenteil. Deswegen die Frage an Sie beide: Sind Instrumente denkbar bzw. notwendig, um dort Spreu von Weizen, also entwicklungsförderliche von entwicklungsschädlichen Investitionen zu trennen?

Eine Frage an Herrn Lanzet: Die Forderung, von 0,7 Prozent auf 1,0 Prozent zu kommen, also 0,3 für Klimafinanzierung dazuzufügen, ist das inzwischen die Position von VENRO insgesamt? Da gibt es auch Debatten, weil das 0,7-Prozent-Ziel eine lange Geschichte hat und im Prinzip erst mal erreicht werden sollte. Bei den innovativen Finanzierungsinstrumenten gibt es mehrere Vorschläge sowie Aktivitäten wie Flugtickettax und Finanztransaktionssteuer, da kommen wir in der zweiten Runde dazu. Wo setzt VENRO die Prioritäten? Oder fordert VENRO auch ein, dass die bereits eingeführten Instrumente wie die Flugtickettax nicht nur dazu dienen, Haushaltslöcher zu stopfen, sondern, wie es ja ursprünglich geplant war, auch der Entwicklungs- und Klimafinanzierung zugutekommen?

Abg. Harald Leibrecht (FDP): Abg. Hoppe hat die Frage schon vorweggenommen. Meine Frage an Herrn Nunnenkamp geht in die gleiche Richtung. Was die ausländischen Direktinvestitionen betrifft, wollte ich auch unterstreichen, dass es gute und schlechte gibt. Aber natürlich gibt es auch eine gewisse Steuerungsmöglichkeit. Geberländer müssen mit Empfängerländern enger zusammenarbeiten und auch Erfahrungen weitergeben. Auf der anderen Seite denke ich, dass sich ein Entwicklungsland nicht allein durch die Binnenwirtschaft aus der Misere zieht. Wenn ein Land an einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung interessiert ist, glaube ich schon, dass ausländische Direktinvestitionen durchaus hilfreich sein können. Man muss aber auch differenzieren. Wenn Sie hier Ideen und Vorschläge haben, würden wir die gerne aufnehmen. Was die Koordinierung und Harmonisierung der Entwicklungszusammenarbeit der Geberländer betrifft, haben Sie das Richtige gesagt. Es ist ganz schwierig, das zu messen und wirklich zu koordinieren. Aber ich glaube, dass wir eine Koordination hinbekommen. Sie haben recht, wenn man rückwirkend auf 1990 bezogen misst,

ist da vielleicht zu wenig passiert, aber wir dürfen deshalb nicht aufgeben. Im Gegenteil, wir müssen uns Instrumente überlegen, um das besser hinzubekommen. Wenn ich alleine an die Europäische Union denke, ich war kürzlich in Brüssel, ist es nicht einfach, alle Länder zusammenzubringen. Erst mal die einzelnen Maßnahmen der EU-Staaten plus dasjenige, was noch im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit über die Europäische Union selbst erfolgt. Das ist schon sehr schwierig. Ich habe auch manchmal das Gefühl, dass es nicht richtig funktioniert. Hier denke ich, was ich auch aus dem BMZ höre, dass man auf dem richtigen Weg ist und zumindest versucht, mit den Partnern eine engere Kooperation zu erzielen. Aber wenn Sie hier Ideen haben, würde mich das auch interessieren.

Herr Lanzet, zur Schuldenspirale. Wenn man einfach Schulden erlässt, ist das Problem natürlich noch lange nicht behoben. Es gibt ja auch Beispiele, bei denen man Schulden erlassen hat, das Land aber wenige Jahre später wieder genauso verschuldet war und eine Entwicklung wieder nicht möglich war. Hier muss man ganz andere Kontrollvorschläge bringen. Ich bin mir auch nicht ganz sicher, wie man das hinbekommt. Man kann natürlich die wirtschaftliche Entwicklung genau beobachten. Aber es ist einfach zu sagen, der ganze Schuldenerlass hat letztendlich nicht viel gebracht. Was ist denn die Alternative? Ich glaube schon, dass das ein wichtiger Beitrag ist, vor allem wenn man dadurch den Gesundheitssektor stärkt. Ohne Frage, das ist eine große Chance für so ein Land, aber es ist nicht das Allheilmittel. Auf die Finanztransaktionssteuer kommen wir ja nachher noch zu sprechen. So weit von meiner Seite. Dankeschön.

Die Vorsitzende: Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen, sich stärker auf die Fragen zu konzentrieren. Da wir einen großen Sachverstand hier haben, bitte ich Sie, nicht so sehr persönliche Stellungnahmen abzugeben, sondern mehr Fragen zu stellen und auch Antworten einzufordern.

Abg. Dr. Barbara Hendricks (SPD): Ich habe eine Frage an Dr. Nunnenkamp. Ich gehe davon aus, dass Ihnen die aktuelle Haushaltssituation bekannt ist, also nicht nur das große Ganze des Bundeshaushaltes, sondern dass Sie tatsächlich die Positionen kennen, die sich auf die Entwicklungszusammenarbeit beziehen. Vor diesem Hintergrund frage ich sie, in welchem Zeitraum halten Sie es für realistisch, dass die Bundesrepublik Deutschland ihr zugesagtes 0,7-Prozent-Ziel tatsächlich einhält? 2015 ist verbal weiterhin zugesagt. Nach meiner Einschätzung sprechen die aktuellen Zahlen aber eine andere Sprache. Welches Zieldatum halten Sie für realistisch?

Eine Frage an Herrn Lanzet. Sie haben eben vorgeschlagen, möglicherweise jährlich, wobei andere Zeiträume ebenfalls vorstellbar wären, einen Bericht erstellen zu lassen zum Thema

„Wie wirken Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in den Partnerländern?“. Sie stellen sich sicherlich vor, dass ein Zusammenschluss von NGO's einen solchen Bericht macht. Das kann ich mir vorstellen, wenn Sie davon ausgehen, dass das ein unabhängiger Bericht sein soll. Die Finanzierung kann aber natürlich nicht ganz unabhängig sein. Im Zweifelsfall müssten es ja wieder BMZ-Mittel sein, oder die DEG müsste es finanzieren. Welche konkreten Anhaltspunkte sehen Sie dafür, dass man es auch tatsächlich finanziert und durchsetzen könnte, einen solchen Bericht vorzulegen?

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): (01:37:12) Mich interessiert natürlich auch die Bewertung der Direktinvestitionen, weil diese ja jetzt von der Bundesregierung als Entwicklungsinstrument sehr stark gepuscht werden. Herr Niebel will ja auch in den internationalen Gesprächen immer auf den Investitionsschutz und all das hinaus. Meine Frage deshalb nochmal: Wo sind bisher Direktinvestitionen wirklich entwicklungsförderlich gewesen? Können Sie ein paar Beispiele nennen, wo man dies überhaupt feststellen kann, und wie dieses Instrument, das man hier oft als Alternative zur Budgethilfe ansieht, generell zu bewerten ist?

Sie sprachen von nachhaltigem, entwicklungsförderlichem Wachstum, auch vom armutsbekämpfungsorientiertem Wachstum. Wie bewerten Sie beide in diesem Zusammenhang die Handelspolitik, vor allem die bilateralen Abkommen der EU mit den AKP-Staaten und Lateinamerika? Wird sie die Kapitalflucht eindämmen können? Wie stark wird dieses Wachstum armutsorientiert sein? Danke.

Abg. Joachim Selle (CDU): Ich würde das, was Herr Lanzet zur „Effectiveness“ der Entwicklungszusammenarbeit und zur entstehenden neuen Schuldenspirale gesagt hat, gerne aufgreifen. Halten Sie den Consulting-Aufwand, den wir in der Zusammenarbeit aufwenden, um diese Staaten auch im Einzelnen zu unterstützen, Gelder effektiv einzusetzen und dabei auch eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, für ausreichend? Wenn wir mit Entwicklungs- und Förderkrediten eine neue Schuldenspirale erzeugen, glauben Sie, dass wir falsche Kriterien, was die Schuldenfähigkeit anbelangt, anwenden? Aufgrund der Erfahrung, die wir beim Aufbau der neuen Bundesländer gemacht haben, könnte ich mir vorstellen, dass ein erheblich größerer persönlicher Beratungsaufwand notwendig wäre um Fortschritte zu erzielen. Dazu würde ich gerne Ihre Meinung hören.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich gebe als erstes Dr. Nuppenkamp das Wort.

Prof. Dr. Peter Nuppenkamp (Institut für Weltwirtschaft, Kiel): Dankeschön. Ich will auch nicht hoffen, dass mein Pessimismus recht behält. Natürlich ist es so, dass Länder das 0,7-Prozent-Ziel erreicht haben. Das haben die schon sehr lange. Meine Aussage bezog sich ja

auf den DAC-Durchschnitt. Wenn Länder den Durchschnitt erreicht haben oder sogar der Anteil gestiegen ist, und sich bei den DAC-Ländern insgesamt wenig tut, so nährt das meinen Pessimismus. Aber natürlich gibt es auch Länder, die das Ziel erreicht haben. Es haben mehrere Leute, Herr Hoppe, Frau Hänsel, Frau Hendricks auch, nach Direktinvestitionen gefragt. Wissen Sie, manchmal wissen die Experten das nicht. Es ist sehr schwierig eine eindeutige Aussage zu Direktinvestitionen zu treffen. Mein Eindruck aus der relevanten Literatur ist, je weiter ein Land entwickelt ist, desto mehr steigen die Chancen, dass sie so etwas wie Technologietransfers bekommen und diese auch absorbieren können. Es geht immer darum, was ein Unternehmen mit in ein Land bringt. Bringt es neue Technologien mit? Bringt es angepasste Technologien mit? Kann das Land das auch nutzen und handeln? Oder gibt es dort Enklaven, die High Tech sind, aber überhaupt keine Ausstrahlungseffekte auf heimische Unternehmen haben? Sind heimische Unternehmen in die Vorleistungsstrukturen der Auslandsunternehmen eingebunden? Dies ist zentral wichtig. Dazu gibt es ein paar Untersuchungen, Sie können sich aussuchen, was Sie mögen. Da gibt es auch die Optimisten und die Pessimisten. Es ist relativ schwer zu generalisieren. Wenn ich gezwungen werde, es zu generalisieren, ist die Aussage: Je ärmer ein Land ist, desto unwahrscheinlicher wird es, dass sie dramatische Armutsbekämpfungseffekte erreichen, und umso wahrscheinlicher wird es, dass die Auslandsunternehmen in einer Enklave arbeiten, die zwar wunderbar ist, aber keine Ausstrahlungseffekte hat. Das ist die generelle Aussage. Sie können sicher auch Gegenbeispiele dazu finden. Sie gehen nach Benin und finden da super Auslandsunternehmen, die als Vorleistung nur heimische Bezüge haben usw. Natürlich gibt es so etwas. Wenn ich argumentiere, beziehe ich mich immer auf den makroökonomischen Durchschnitt. Deswegen die Aussage: „Je ärmer und zurückgebliebener ein Land technologisch ist, desto weniger wahrscheinlich ist es, wenn ein technologisch führendes Unternehmen ins Land kommt, das Land dramatisch positive Armutseffekte hat.“ Meine Aussage bezog sich auf die Monterrey-Aussage, die dramatisch euphorisch war. Da geht es darum, dass Direktinvestitionen der Armutsbekämpfung direkt dienen. Das ist, angesichts der Literatur, ein bisschen verwegen. VENRO sagt, es kommt nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität der Investitionen an. Natürlich ist das richtig. Ich kann sie nicht selektieren. Kann es der Wirtschaftspolitiker in Benin? Woher soll er oder sie das wissen? Es ist nicht so einfach zu screenen und zu sagen: „Ihr seid die Guten und ihr seid die Schlechten.“ Das erfordert eine relativ hohe administrative Kapazität. Indien hat dies Jahrzehnte lang versucht, und die haben die Kapazität, und trotzdem haben sie keinen Erfolg gehabt. Jetzt nehmen Sie Benin, wo die screening-Kapazität mit Sicherheit geringer ist. Deswegen kann ich mit dem Ratschlag „Macht weniger Quantität und mehr Qualität“ relativ wenig anfangen, obwohl er richtig ist. Es ist sehr schwierig und auch da bin ich ein bisschen pessimistisch. Aber generell zu sagen „puscht Direktinvestition“ dann ist das ein bisschen pro domo, denn durch Leverage-Effekte oder

Hebelwirkungen, Frau Mauve wird davon viel erzählen, schaffen wir vielleicht unsere Quote. Aber ob wir davon positive Effekte haben weiß ich nicht. Ich glaube es eher nicht.

Koordinierung und Harmonisierung sind auch schwierig, Herr Leibrecht hat insofern völlig Recht. Machen Sie im BMZ einmal so etwas wie beispielsweise Dänemark. Dänemark verlässt Lateinamerika komplett und sagt: „Macht ihr!“ Wir sagen, Dänemark ist ein kleiner Geber, und das fällt denen leicht. Aber auch große Geber müssen das wagen. Verlassen Sie Asien! Vergessen Sie das Ankerlandkonzept! Gehen Sie irgendwo raus und sagen: „Frankreich, mach du das, in deinen Ex-Kolonien machen wir nichts mehr.“ Es sind dramatische Schritte erforderlich, sonst kriegen Sie keine Koordinierung oder Spezialisierung hin. Und die großen Geber scheinen sich sehr schwer damit zu tun, bestimmte Regionen anderen großen Gebern zu überlassen. Kleine Geber wie Dänemark tun dies offensichtlich. Ein Kollege ist gerade aus Bolivien zurückgekommen und der dänischer Botschafter hat gesagt: „Ab dem nächsten Jahr macht Dänemark nichts mehr in Bolivien, keinen Sektor mehr.“ So sinkt die Überschneidung. Wenn das mehrere Geber tun, erreichen sie automatisch Koordination, ohne dass viel darüber gesprochen wird. Geber müssen entscheiden, dieses oder jenes nicht mehr zu tun. Dazu müssen sie aber auch sagen: „Hier haben wir keine Kompetenz.“ Das fällt Deutschland sehr schwer.

Wann das Ziel erreicht wird, Frau Hendricks, ich weiß es nicht. Ehrlich gesagt, interessiert es mich auch nicht sonderlich, weil mich mehr interessiert, ob wir ein größeres Problem lösen, und nicht ob wir ein Ziel erreichen, bei dem wir uns auf die Schulter klopfen. Es gibt, zumindest bei uns in der Wissenschaft, eine absolut verbissene Diskussion darüber, wie wirksam Entwicklungshilfe ist und wie viel sie hilft. Da ist das Erreichen eines quantitativen Ziels untergeordnet, das interessiert keinen meiner Kollegen, sondern wir streiten uns wie verrückt darüber, ob Entwicklungshilfe wirklich Armut zu bekämpfen hilft, ob sie bessere Bildungschancen zu schaffen hilft, ob sie hilft, Korruption zu bekämpfen usw. Auch da ist es so wie immer, die Wissenschaftler sind sich nie einig. Bloß hier sind die Lager gleich groß. Wenn andere Leute hier sitzen würden, würden sie alle bestreiten, dass Entwicklungshilfe irgendetwas nutzt. Es gibt andere, die sagen, Entwicklungshilfe sei das Nonplusultra. Ich bin unentschlossen. Ich weiß, dass sie nach unseren Untersuchungen manchmal nutzt, und manchmal überhaupt nicht nutzt. Ich habe mich hauptsächlich auf die Frage zu konzentrieren: „Wo könnte sie nutzen?“ Im Bildungsbereich zum Beispiel hat sie genutzt. Bei der Korruptionsbekämpfung könnte sie nützlich sein, wenn wir Herrn Bush glauben. Herr Bush hat es geschafft, mit einem neuen Fonds Korruption wirksam zu bekämpfen, ob Sie es glauben oder nicht. Man kann aber auch hier nur wenig generalisieren. Das ist das, was mich mehr interessiert. Wenn sich das andere Lager, das sagt, es nütze sowieso nichts durchsetzt, fürchte ich, dass wir das Ziel nie erreichen werden. Dann wird es einen „Backlash“ geben. Insofern

fechte ich einen anderen Kampf, als mich darauf zu konzentrieren, ob das Ziel erreicht wird. Dankeschön.

Peter Lanzet (VENRO): Wir gehen nach wie vor davon aus, dass sie nützt. Ich denke schon, dass es möglich ist, deutschen Investoren, wenn Sie in Greenfield und Mergers & Acquisitions investieren, gewisse Kriterien mit auf den Weg zu geben, insbesondere Corporate Social Responsibility und Umweltkriterien, dass man das Maximum an Local Content, also an Vorprodukten, im Land einkauft, dass man möglichst mit lokalen Arbeitskräften auskommt, dass man viel ausbildet, Technologietransfer leistet, dass man die Erträge im Land wieder anlegt. Es war nach positiven Beispielen gefragt worden. Da gibt es nicht so viele: VW in Brasilien, vielleicht auch in China und in Indien. Da muss man immer genauer hinsehen. Ich glaube, es ist durchaus möglich, dass man solche Kriterien mit auf den Weg gibt und deren Einhaltung nachher auch überprüft, vielleicht auch im Wege eines solchen Berichts, den ich interessant fände. Allerdings nur dann, wenn er auch im öffentlichen Interesse ist, und damit auch öffentlich finanziert wird. Wir würden es schon schaffen, auch als Zivilgesellschaft, so etwas zu finanzieren, aber interessant wird es erst, wenn er öffentlich finanziert wird. Da sollte man vielleicht darauf hinarbeiten. Schwieriger wird es bei den ausländischen Direktinvestitionen, in dem Zusammenhang, wo es nur noch um Portfolio-Investitionen geht. Zum Beispiel bei den sogenannten Carriage-Aids nimmt man irgendwo billiges Geld auf und bringt es in ein anderes Land, etwa nach Indonesien. Bei halbjährigen Staatsanleihen werden fünf, sechs Prozent in einem halben Jahr ganz schnell verdient, da wird richtig abgeräumt. Oder es wird in Immobilien investiert, wodurch sich Blasen entwickeln. Das ist nicht sehr positiv. Wir erleben es ja, dass diese Länder im Augenblick Gegenmaßnahmen ergreifen. Darin sollte man sie unterstützen. Bei den Kapitalverkehrskontrollen gab es bisher eine große Zurückhaltung bzw. Ablehnung. Es gibt jetzt sogar beim IWF eine andere Haltung dazu. Ich finde, die Bundesregierung täte gut daran, das Konzept der Kapitalverkehrskontrollen noch mal zu überdenken und zu sagen: „In solchen Fällen finden wir das sehr wichtig und wollen das Land unterstützen.“

Zur Frage der Koordination der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Wir sollten da nicht weiter nach Gutsherrenart verfahren und sagen: „Wir entscheiden, wo wir hingehen und wo wir rausgehen.“ Es gibt schon ganz lange, übrigens schon in Monterrey angelegt, das Konzept der „Ownership“. Seit vielen Jahren wird versucht, dieses zu realisieren. Die Paris-Deklaration sowie der Accra-Action-Plan, jetzt getragen von der Working Party on Aid Effectiveness, versuchen das Konzept der Arbeitsteilung voranzutreiben. Die Deutschen sind da stark vertreten, leiten Arbeitsgruppen, beißen aber auf Granit, weil die Entwicklungsländer es auf keinen Fall zulassen wollen, dass einzelne Staaten das Land verlassen, auch nicht die Dänen. Das ist eine ganz schwierige „Kiste“. Wichtiger wäre viel mehr, dass man auf Länderebene,

zusammen mit der dortigen Regierung, eine ordentliche Koordination erreicht. Die wäre viel wichtiger als zu sagen: „Wir gehen dort raus und dort rein“.

Bei den Schuldentragfähigkeitskriterien wäre es an der Zeit, dass man die inländische Verschuldung mit hineinnimmt. Bisher wird dieses Kriterium beim Schuldentragfähigkeitsframework von IWF und Weltbank sowie auch bei BMF und BMZ in Deutschland nicht berücksichtigt. Es wäre wichtig, dieses Thema dort mit hineinzunehmen. Es ist grundsätzlich notwendig, was in Deutschland ja auch schon lange unterstützt und getragen wird, ein Staateninsolvenzverfahren einzuführen. Es ist nicht zu erwarten, dass dieser Schuldenzyklus, der sich jetzt wieder entwickelt, unterbrochen wird. Wenn den Ländern in der Finanzkrise an allen Ecken und Enden Einnahmen wegfallen, müssen sie diese mit Krediten auffüllen. Dies ist doch bei uns ganz genau so. Im Hinterkopf hat man immer schlechte Governance und schlechte Finanzpolitik. Es sind zum Teil aber auch einfach Zwänge, mit denen sich die Regierungen auseinandersetzen müssen. Diese muss man strukturell brechen. Ein Insolvenzverfahren wäre dafür der richtige Weg. Aber auch begleitet von einer Art „Charter for Responsible Financing“, so nennt das ein Netzwerk in Brüssel, Eurodad. Bei den innovativen Finanzierungsmöglichkeiten ist es so, dass dieses eine Prozent in einem Papier steht, dass vom Forum „Umwelt- und Entwicklung zur Klimafinanzierung“ entwickelt worden ist. Da gab es eine lange Diskussion. Das ist auch keine feste Position, sondern etwas, worüber man zu diskutieren hat, weil es nämlich für das eine Prozent genauso wenig wie für die 0,3 bzw. 0,7 Prozent knallharte Kriterien gibt. Aber es ist eine Richtgröße, die angesichts der Situation Sinn macht. Uns bei VENRO geht es bei den innovativen Finanzierungsmöglichkeiten darum, die Verteilung sicherzustellen. Was nützt es dem Entwicklungskontext, wenn in Deutschland eine Finanztransaktionssteuer kommt und da zwei oder drei Milliarden mobilisiert werden, wenn diese Mittel nicht der Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehen? Als Entwicklungspolitiker müssen wir deutlich machen, gerade die Finanzpolitiker vergessen dies, dass all diese Konzepte in unserem Kontext entwickelt worden sind. Ob uns das ein Anrecht darauf verschafft hat, bei der Verteilung vorne zu stehen, weiß ich nicht. Aber man muss deutlich machen, dass nicht die das erfunden haben, sondern dass das aus unserem Kontext kommt.

Abg. Heike Hänsel (DIE LINKE.): Ich hatte nach der EU-Handelspolitik gefragt. Darauf ist bisher noch niemand eingegangen.

Peter Lanzet (VENRO): Wenn ich das richtig verstanden habe, ging es Ihnen um die Frage, ob Wachstum Armutsbekämpfung bewirkt. Wenn man querschaut, wie sich die Gini-Koeffizienten in den letzten zehn Jahren entwickelt haben, dann spricht eigentlich nichts dafür, trotz fünf bis sechs Prozent Wachstum in Afrika, und neun bis elf Prozent in den Schwellenländern. Brasilien

hat das Programm „Bolsa de Família“ eingeführt, und in Indien gibt es ein ähnliches Programm. Da werden hundert Tage „Employment“ bezahlt für Leute, die in Dürrezeiten keine Arbeit finden. Solche Programme gibt es, aber dass das Wachstum entsprechend umverteilt wird, kann man nicht feststellen.

Die Vorsitzende: Vielen Dank, Herr Nunnenkamp, Sie haben sich noch mal gemeldet. Bitte ganz kurz, wir haben nur noch etwas mehr als eine halbe Stunde. Die Expertenkollegen wollen auch noch zu Wort kommen.

Prof. Dr. Nunnenkamp: Die Abgeordnete Hänsel hat natürlich Recht, wenn wir so etwas wie eine handelspolitische Entwicklungsrunde hinkriegen würden, wäre dies wunderbar. Der Nachteil ist, dass wir sie offensichtlich nicht hinkriegen. Zur Koordinierung wollte ich sagen, dass es einen stark etablierten Fakt gibt, dass, je mehr Geber in einem Land aktiv sind, desto höher die administrativen Kosten für das Land sind. Das untergräbt die Effektivität der Entwicklungshilfe. Das ist meine Position.

Die Vorsitzende: Wir kommen jetzt zur zweiten Runde. Da geht es um Mittel und Wege zur Umsetzung der Beschlüsse. Wir werden dabei auch auf neue Finanzierungsinstrumente eingehen. Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir Inputs der Sachverständigen haben werden. Zuerst Pater Dr. Alt und Herr Peter Wahl, die sich die Zeit teilen. Anschließend Frau Mauve und Dr. Peter Wolff. – Pater Alt, ich geben Ihnen zuerst das Wort.

Dr. Jörg Alt (Steuer gegen Armut): Vielen Dank. Ich wollte nochmal daran erinnern, warum wir überhaupt hier sitzen. Wir brauchen mehr Geld, da sind wir uns, so glaube ich, einig. Aus unserer Sicht ist die Finanztransaktionssteuer (FTT) deswegen gut, weil sie diejenigen zur Kasse bittet, die bisher wenig Geld in die globalen Gemeingüter investiert haben. Unserer Ansicht nach ist das „Window of opportunity“ offen, und die Zeit ist reif. Wir wollten daran erinnern, deswegen haben wir auf diese Anhörung gedrängt, dass es dafür ein populäres Mandat gibt. Ich meine nicht nur unsere Petition, ich meine auch Hunderttausende bzw. Millionen Menschen, die in unserer Kampagne mitarbeiten. Seit gestern sind wir 71 Trägerorganisationen. Fünf weitere sind gerade dabei, beizutreten. Das Problem für viele Bürger ist, ob die Politik überhaupt noch den Märkten gegenüber handlungsfähig ist, oder ob es munter damit weitergeht, dass Gewinne privatisiert werden, während die Verluste dem Steuerzahler aufgebürdet werden. Der Unmut wächst. Wer hätte vor einer Woche zum Beispiel gedacht, dass in Großbritannien der Thronfolger angegriffen wird, das war doch undenkbar. Auch in Deutschland braut sich etwas zusammen. Deswegen wollte ich einen Bürger zu Wort kommen lassen, der mir vor zehn Tagen zu Weihnachten alles Gute gewünscht hat, mit

folgendem Brief: „Als ich von Freunden den offenen Brief zur Finanztransaktionssteuer zugeschickt bekam, riss er mich aus meiner dumpfen resignierten Wut. So waren meine Gefühle angesichts der in meinen Augen himmelschreienden Ungerechtigkeit einerseits und dem Gefühl der Hilflosigkeit andererseits, nicht zuletzt wegen meiner mangelnden Sachkenntnis in Sachen Finanzwesen. Ein diffuses, wenn auch heftiges Unbehagen hilft niemandem weiter. Und dann kommt diese Kampagne, die für mich leidenschaftlichen Einsatz für die Gerechtigkeit, enormes persönliches Engagement für die Armen und viel profunde Sachkenntnis verbindet. Ganz herzlichen Dank allen Beteiligten.“ Ich möchte diesen Dank an die Abgeordneten dieses Ausschusses weitergeben, dafür dass Sie mit dieser Anhörung unserem Thema eine Plattform bieten und dadurch die parlamentarische Basis ausweiten. Ich erinnere noch einmal daran, dass wir schon eine Anhörung im Finanzausschuss hatten, die sehr viel Bewegung bei diesem Thema gebracht hat. Alles Weitere folgt von Peter Wahl.

Peter Wahl (Steuer gegen Armut) Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Meine Hauptbotschaft lautet: Unter der Vielzahl der Instrumente für innovative Entwicklungsfinanzierung, die auf dem Tisch liegen und teilweise seit über zehn Jahren diskutiert werden, ist die Finanztransaktionssteuer jenes Instrument, dass der Verwirklichung am allernächsten steht. Unser großer Wunsch ist deswegen, dass die Entwicklungspolitik sich darauf konzentriert, in den kommenden Monaten und vielleicht ein bis zwei Jahren, diesem Projekt zum Durchbruch zu verhelfen. Das ist meine Hauptbotschaft. Die Voraussetzungen dafür sind günstig. Für jemanden wie mich, der 1998 mit der Tobin-Steuer angefangen hat, ist die Entwicklung in den letzten zwölf Monaten sehr dramatisch gewesen. Der Hauptantriebsfaktor ist, dass die Krise Einsichten befördert hat, die es vorher nicht gab. Deswegen glauben wir, dass sich das Klima insgesamt so verändert hat, dass wir gute Chancen haben, unser Anliegen durchzusetzen. Wer sich inzwischen dem Lager der Unterstützer dieser Steuer angeschlossen hat ist Ihnen bekannt. Das wichtigste Beispiel ist sicherlich Frankreich. Es gibt auch eine ganze Reihe weiterer Länder. Zum Beispiel Österreich und Finnland sind Unterstützer. Außerhalb der EU steht etwa Norwegen dieser Steuer sehr aufgeschlossen gegenüber. Auch in Japan gibt es Bewegung. Es wäre natürlich ein weiterer Durchbruch, wenn sich in diesem Land etwas zugunsten der FTT verändern würde.

Ich habe eine Bemerkung zu einigen technischen Fragen. Diese sind eigentlich nicht mehr so sehr im Vordergrund wie in den früheren Jahren, weil sich die politischen Kräfteverhältnisse zugunsten der Steuer verändert haben. Ich möchte aber drei Punkte ansprechen. Einen Punkt hat auch Herr Nunnenkamp angesprochen, nämlich die Doppelfunktion dieser Steuer. Ich finde, es macht keinen Sinn, die regulatorische Wirkung und die Aufbringungswirkung starr gegeneinander zu stellen. Die regulatorische Funktion ist entwicklungspolitisch außerordentlich wichtig. Sie führt nämlich zu einer Erhöhung der Stabilität an den Finanzmärkten, indem sie

einen Teil der Spekulation reduziert. Finanzmarktstabilität ist als Rahmenbedingung für Entwicklungspolitik außerordentlich wichtig und kommt ihr zugute. Deswegen halte ich nichts davon, sich nur auf die Einnahmeseite zu kaprizieren, sondern beide sollten in Kombination gesehen werden. Ein weiteres technisches Thema, das keinen grundsätzlichen Einwand mehr darstellt, sondern nur eine Frage der Ausgestaltung ist, zurzeit aber sehr stark diskutiert wird, die Zuweisung der Steuereinnahmen nach dem Herkunftsprinzip. Ein großes Thema war in der Vergangenheit immer gewesen, dass so etwas wie ein supranationaler Mechanismus von Steuererhebungen, eine Art internationale Finanzbehörde, andere haben befürchtet, der IWF strebe diese Rolle an, entstehen müsste, um eine solche Steuer zu erheben. Das ist nicht der Fall. Dank der elektronischen Plattformen, die heute den Handel an den Finanzmärkten abwickeln, ist es möglich, jede einzelne Transaktion nach ihrem Herkunftsland zu identifizieren. Dies ermöglicht es uns, jede Transaktion des Käufers oder Verkäufers dem entsprechenden Herkunftsland zuzuordnen und daraufhin die Steuer dort mit Hilfe eines elektronischen „Tab“ abzuführen. Technisch ist dies nicht viel komplizierter als die Abbuchung Ihrer Miete vom Girokonto.

Ein weiterer Punkt, der in der Vergangenheit eine große Rolle gespielt hat, war der Umgang mit Derivaten. Sie wissen, die Derivate sind inzwischen der größte Teil der Finanzgeschäfte. Unter den Derivaten wiederum ist der größte Teil „over the counter“, also ein bilateraler Handel, der nicht an den Börsen gehandelt wird und deswegen völlig intransparent ist und bis heute von den Aufsichtsbehörden auch überhaupt nicht erkannt wird. Dieser Zustand ist einer der wichtigen Gründe für die Krise. Dies wird jetzt geändert. Sowohl das US-amerikanische Gesetzespaket „Dodd Frank Act“ als auch eine entsprechende Richtlinie der EU, die im Augenblick im parlamentarischen Gesetzgebungsprozess ist, sehen vor, dass der „over the counter“ Derivatehandel reguliert wird. Es gibt zwei entscheidende Maßnahmen. Er soll durch eine Clearingstelle erfassbar, sichtbar und damit transparent für die Marktteilnehmer werden. Darüber hinaus soll ein Handelsregister angelegt werden, in welchem jede Transaktion aufgelistet wird. Dieser Handel ist einzubeziehen und würde die Steuerbasis einer Finanztransaktionssteuer dramatisch erhöhen.

Zum Schluss nenne ich konkrete Vorschläge. Wir regen an, dass es so etwas wie eine Koalition der Willigen gibt, die alle Länder, die diese Steuer befürworten, zusammenbringt. Dabei soll die Bundesregierung zusammen mit Frankreich eine führende Rolle spielen, indem sie mit einer diplomatischen Offensive hilft, eine Koalition zu bilden. Wir schlagen vor, dass man im kommenden Jahr, wenn Frankreich die Präsidentschaft der G20 und der G7 innehat, gemeinsam eine Konferenz organisiert bzw. trägt, ähnlich wie sie Chirac organisiert hat, als vor fünf Jahren die französische Flugticketsteuer eingeführt wurde. Diese war ein wichtiger Teil im Prozess. Sie hat einen wichtigen Impuls in staatliche Regierungsmilieus und in die Zivilgesellschaft hinein gesetzt, die FTT weiter zu promoten. Vielen Dank.

Die Vorsitzende: Herzlichen Dank Herr Wahl. Das Wort hat Frau Mauve.

Susanne Mauve (Kreditanstalt für Wiederaufbau): Dankeschön. Ich stelle mich kurz vor. Ich war sehr gerne Projektmanager bei Wasserversorgungsprojekten in Westafrika. Inzwischen mache ich etwas Trockeneres. Ich bin die Leiterin der Grundsatzabteilung der Entwicklungsbank. Das ist sicher auch der Grund, weswegen Sie mich eingeladen haben. Ich teile die Herausforderung mit meinen Vorrednern, hier in sieben Minuten ganz wichtige Botschaften rüberzubringen und werde deswegen erst einmal sagen, worauf ich nicht eingehen werde. Ich werde nicht den Monterrey-Konsensus in all seinen Säulen und Fragmenten beleuchten. Ich werde nicht auf das Thema „Wirkung“ und das, was wir mit mehr Finanzvolumen tatsächlich machen wollen und anstreben, eingehen, obwohl dies natürlich eine eigene Anhörung wert wäre. Ich befürworte auch nicht die künstliche Trennung von Quantität und Qualität. Selbstverständlich wollen wir Qualität umsetzen, je mehr davon, desto besser. Insofern bin ich da mit Ihnen nicht einverstanden, Dr. Nunnenkamp. Aber auch dazu möchte ich in meinem Vortrag nichts weiter sagen. Ich werde auch nicht auf zusätzliche Generierungsmöglichkeiten von Haushaltsmitteln für die Entwicklungsfinanzierung eingehen. Ich steige da ein, wo wir einen bestimmten Betrag an öffentlichen Geldern, wo auch immer diese herkommen, ob direkt aus dem Einzelplan 23 oder aus zusätzlichen Abgaben und Steuern, bereits vor uns haben und dann das BMF, das BMZ und die KfW in einen „Maschinenraum“ der finanziellen Zusammenarbeit steigen, um daraus mehr zu machen. Das ist ein bisschen technisch und banklastig, weshalb ich versuche es plastisch darzustellen. Ich bin auch offen für Fragen und weitere Details. Dieses Produktspektrum gibt es schon seit 20 Jahren; ich nenne das immer die Evolution der deutschen Entwicklungsfinanzierung. Es ist schon lange nicht mehr so, dass wir einfach einen Betrag aus dem Haushalt bekommen und diesen dann in ein Projekt umsetzen. Schon seit Jahren gibt es eine kreative Mischung aus drei sich wiederholenden Säulen und Inputfaktoren. Das sind zum Ersten konkrete Haushaltsmittel, zum Zweiten Garantien des Bundes, die zu einer Hebelung dieser Mittel beitragen. Drittens sind das Eigenmittel der KfW, die diese auf dem Kapitalmarkt aufnimmt. Alle drei genannten Ressourcen sind solche des Bundes. Auch die Mittel, die die KfW am Kapitalmarkt aufnimmt werden nicht aus dem Nichts generiert. Da gibt es Gewährsträgerhaftung des Bundes, die uns erlaubt diese Mittel aufzunehmen. Wir sind ein Institut des Staates. Insofern sind das drei verschiedene Garantien bzw. Garantieinstrumente. Ich nenne mal Hermesgarantien, aber auch den Gewährleistungsrahmen des Bundes, den man auch aus anderen Zusammenhängen kennt, und dann natürlich die Eigenmittel bzw. Marktmittel der KfW. Daraus resultieren verschiedene Produkte. Sie werden Mischfinanzierung, Verbundfinanzierung oder Zinsverbilligung genannt, da möchte ich nicht im Detail darauf eingehen. Wenn Sie sich den Evolutionsweg dieser Finanzierungsinstrumente ansehen, sehen Sie, dass man aus einem

Euro Haushaltsmittel eine größere Quantität an Euro für den Endkreditnehmer gemacht hat. Das heißt, wir haben vor etwa 20 Jahren mit der Mischfinanzierung angefangen, mit einem Hebel von etwa einem Euro Haushaltsmittel für einen Euro KfW-Eigenmittel, und sind inzwischen bei einer Zinsverbilligung gelandet, bei der tatsächlich die Haushaltsmittel nur noch in das zinsverbilligende Element eines Kredites einfließen. Das heißt, der gesamte Darlehensbetrag besteht aus Eigenmitteln der KfW, und nur die Gestaltung der Konditionen für den Endkreditnehmer ist quersubventioniert. Da kommen wir zu Hebeln von eins zu fünf, das heißt jeder Euro des Haushaltes kommt in der Entwicklungsfinanzierung bei dem Partner in Form von fünf oder sechs Euro an. Dieses Instrument der Zinsverbilligung macht im Augenblick 600 Millionen Euro des gesamten Zusagevolumens von knapp vier Milliarden Euro aus, ein ganz ansehnlicher Betrag. Das Volumen der alten Instrumente, bei denen wir wenig gehandelt haben, wie Mischfinanzierung und Verbundfinanzierung, wird vom Volumen her sehr stark schrumpfen. Ein letztes Instrument sind die sogenannten Förderkredite. Dies sind Kredite, die die KfW auch im Auftrag des Bundes vergibt. Jeder einzelne Förderkredit ist Bestandteil der finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern und wird einzeln durch das BMZ beauftragt. Aber da ist kein einziger Euro an Haushaltsmitteln dabei und bisher auch keine Garantieinstrumente des Bundes. So viel zu den „Technicalities“ und zu der Art, durch den geschickten Einsatz von verschiedenen, dem Bund zur Verfügung stehenden Instrumenten, um aus wenig mehr zu machen.

In den 1990er Jahren hatten wir 90 bis 95 Prozent der finanziellen Zusammenarbeit ausschließlich aus Haushaltsmitteln finanziert. Heute ist es so, dass der weit größere Teil der finanziellen Zusammenarbeit aus KfW-Eigenmitteln finanziert wird. Das ist eine Umkehrung der Verhältnisse. Auch in diesem Jahr gibt es Zusagen von ca. vier Milliarden Euro. Davon sind zwei Drittel KfW-Eigenmittel. Die sind nicht alle ODA-anrechenbar, um diesen Aspekt auch mit zu beleuchten. Die Förderkredite sind aufgrund des zu geringen konzessionären Anteils in der ODA-Statistik, bis auf einige Ausnahmen, nicht anrechenbar. Lediglich 200 Millionen von einer Milliarde Euro bei Förderkrediten sind ODA-anrechenbar. Das hängt von Laufzeiten, einem bestimmten Zinsniveau oder der Zinsfixierung ab. Es kann also auch sein, dass ein Förderkredit anrechenbar ist, in der Mehrzahl sind sie das jedenfalls nicht. Ca. zwei Drittel sind also Eigenmittel.

Ich möchte auch ein anderes Instrument der Hebelung kurz beleuchten, die strukturierten Fonds. Immer wenn man dieses Wort in den Mund nimmt, macht das schon Angst. Weiß man noch, wo die Risiken landen und welche das sind? Gerade nach den Erfahrungen des letzten Jahres ist man da sehr sensibel. Die strukturierten Fonds, die wir in der Entwicklungszusammenarbeit anwenden, sind sehr klar strukturiert. Jeder weiß, dass die Risiken nicht ganz verschwinden. Man weiß aber ganz genau, wo sie liegen. Wir haben sehr positive Erfahrungen mit diesem Instrument gemacht. Diese Fonds sehen so aus, dass man im

Wesentlichen drei verschiedene Tranchen hat: eine Junior-, eine Mezzanine- und eine Seniortranche. Die Bundesmittel oder auch die Mittel anderer Geber, in der Regel Zuschussmittel, sitzen in der Juniortranche. Sie übernehmen also den größten Teil des Risikos, hebeln so die Beiträge anderer Akteure, die einen geringeren Risikoappetit haben. Das heißt, andere Entwicklungsfinanziers, die sogenannten IFIs, aber auch die KfW mit Eigenmitteln, sitzen in der Mezzaninetranche. Dadurch gelingt es überraschend häufig und in einem erheblichen Umfang, private Investoren in die Seniortranche mit hineinzunehmen. Viele von Ihnen kennen sicher das Flaggschiff dieser strukturierten Fonds, den EFSE (European Fund for Southeast Europe). Dieser hat inzwischen eine erhebliche Breitenwirkung erzielt. Er strauchelt auch nicht, man muss auch mal ein positives Signal zum Mikrofinanzsektor senden. Auch bei EFSE geht es also um die Finanzierung von Mikrokrediten bzw. Kleinkrediten für Unternehmen. Das ist eine große Erfolgsstory, gerade vor dem Hintergrund der „Responsible Finance“. Da wird sehr intensiv auf Transparenz geachtet. Es gibt Selbstverpflichtungen dieser Mikrofinanzinstitutionen, sofern sie denn aus dem EFSE refinanziert werden. Es gibt bei diesem Fonds keinerlei Überhitzungstendenzen sowie keinerlei Probleme, die den in Indien beobachteten ähneln. Das war ein kleiner Exkurs zum Thema Mikrofinanzierung. Letztendlich wollte ich über die Instrumente und das Hebeln sprechen. Da sind die strukturierten Fonds ein Instrument, das wir auch in Zukunft gerne weiter und noch stärker anwenden würden, um aus knappen Haushaltsmitteln mehr zu machen.

Abschließend möchte ich feststellen, dass man hier noch mehr tun kann. Durch die Öffnung des Gewährleistungsrahmens des Bundes für die sogenannten Förderkredite, die ausschließlich aus KfW-Mitteln finanziert sind, kann man sowohl bei der ODA-Anrechenbarkeit dieser Förderkredite als auch bei ihrer Quantität einen erheblichen Sprung machen. Wir sind sowohl mit dem BMF als auch mit dem BMZ im Dialog. Dies ist ein Weg, den wir meiner Ansicht nach gemeinsam bestreiten sollen. Es gibt auch innerhalb des Konditionenmixes der finanziellen Zusammenarbeit, jetzt komme ich zu unseren Partnerländern, noch Spielraum, um mit einem ganz sensiblen Blick für die Schuldentragfähigkeit der Länder und Sektoren, bei denen wir heute noch eine reine Zuschussfinanzierung haben bzw. IDA-Darlehen vorsehen, auf diese gehebelten Produkte umzuschwenken. Auch da gibt es im Augenblick einen sehr konstruktiven Dialog zwischen der KfW und dem BMZ. Auch das ist die eine oder andere Milliarde, die am Ende in den Entwicklungsländern ankommt, wert.

Es gibt noch einen anderen Aspekt. Deutschland zahlt in verschiedene Fonds multilateraler Art ein und kann das auch auf verschiedenen Wegen tun. Auch da kommt wieder der Grundgedanke des Hebelns zu tragen. Man kann entweder reine Haushaltsmittel zu einem Weltbankfonds beitragen. Man kann aber auch, wie zweifach schon geschehen, ich erwähne da den Green Technology Fund der Weltbank, Haushaltsmittel sparen, indem man mit der Weltbank verhandelt. Dabei argumentiert man, dies sei ein Darlehen zu verbilligten, wenn auch

immer noch nicht marktgängigen Konditionen. Bei einem Beitrag von 500 Millionen Euro kommen dann nur 250 Millionen Euro Haushaltsmittel und 250 Millionen Euro Eigenmittel der KfW heraus. Dabei belasse ich es.

Die Vorsitzende: Vielen herzlichen Dank. Von den Expertenausführungen zu den einzelnen Themen liegen vorne noch Skripte aus. Ich bedanke mich ganz herzlich bei der KfW für das erstellte Exposé. Herr Dr. Peter Wolf, Sie haben das Wort.

Dr. Peter Wolff (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik) Vielen Dank, Frau Vorsitzende. Angesichts der knappen Zeit möchte ich selektiv argumentieren und mich zunächst ganz auf die erste Säule von Monterrey beziehen. Die erste Säule von Monterrey ist die Mobilisierung nationaler Ressourcen. Das ist ja nicht zufällig so. Die Entwicklungszusammenarbeit zum Beispiel ist die vierte oder fünfte Säule im Monterrey Consensus. Das ist nicht nur deshalb so, weil die Industrieländer dies bei den Verhandlungen durchgesetzt haben, sondern weil auch Vertreter von Entwicklungsländern sagen würden: „Das ist das Wichtigste, wir müssen unsere nationalen Ressourcen nutzen. Das gilt auch für Finanzressourcen, die wir aus den nationalen Kapitalmärkten hervorbringen können, um unsere Entwicklung selbst zu finanzieren“. Säule eins ist also wichtig. Die gute Nachricht ist, dass es da seit Monterrey erhebliche Fortschritte gibt. Ich will Sie hier nicht mit Zahlen überhäufen, aber wir haben erhebliche Fortschritte in vielen Ländern bei den Entwicklungen der Steuersysteme gemacht. Sehr gute Fortschritte gab es auch bei der Entwicklung der nationalen Kapitalmärkte. Das gilt im Wesentlichen für Länder mit mittlerem Einkommensniveau, also Schwellenländer, bei denen wir trotz der Finanzkrise insgesamt eine positive Entwicklung sehen. Auch beim langfristigen Kapital sehen wir Entwicklungen bei der nationalen Ressourcenentwicklung. Zum Beispiel ein Land wie Indonesien. Da gab es zwar schon immer langfristiges Kapital. Meistens ist es aber nach Singapur abgeflossen, oder davon wurden US-Staatsanleihen gekauft, und die Infrastruktur ist dann von der internationalen Entwicklungsbank finanziert worden. Dort kommen interne Kreisläufe immer stärker zur Wirkung, auch im asiatischen Raum insgesamt, gerade bei den Anleihemärkten. Man versucht die Probleme durch regionale Kooperation zu lösen. Was die nationale Ressourcenmobilisierung angeht, ist dort die Entwicklung sehr positiv. Auch das hat dazu geführt, dass wir eine Entwicklung haben, die im Entwicklungsbanker-Jargon „Graduierung“ genannt wird. Mexiko und Chile haben gerade das OECD-Niveau graduiert. Indien, Vietnam, Indonesien und Bangladesch sind dabei oder haben schon vom Niedrigeinkommensländerstatus in den Mitteleinkommensländerstatus graduiert. Das ist nicht nur Ausdruck einer statistischen Veränderung, sondern Ausdruck dessen, dass wir in diesem Ländertypus eine andere Qualität von Entwicklungsfinanzierung brauchen als in den Niedrigeinkommensländern. Ich spreche jetzt nicht von kleinen Ländern, sondern von Ländern

in der Größenordnung von Indonesien, Vietnam, Indien usw. Das sind Länder, bei denen das Zuschusselement der Entwicklungsfinanzierung tendenziell abgebaut werden kann, und wir mit Instrumenten der Entwicklungsfinanzierung arbeiten können, die eher denen entsprechen, die Frau Mauve vorgestellt hat, bei denen man den Hebel zugunsten privater Kapitalmarktmittel ansetzen kann. Dadurch können wir das Volumen, das dort etwa für die Infrastruktur oder den Umbau des Energiesektors notwendig ist, nicht aus stark bezuschussten, traditionellen ODA-Mitteln, sondern mit diesen komplexen Instrumenten bekommen. Die sind zwar eher komplex, können aber dazu verhelfen, die notwendigen Volumina zu gewinnen. Gerade die Infrastruktur und der Umbau des Energiesektors sind armutsrelevant, und nicht nur ökologisch relevant. Dass wir diese Mittel über diese neueren Instrumente mit Hilfe von privatem Kapital aus den Kapitalmärkten gewinnen können, ist ein Fortschritt, den wir durch die Graduierungsprozesse messen können. Insofern hat ein ganzer Teil der Entwicklungsländer seinen Teil zum Monterrey-Konsens beigetragen, nämlich nationale Ressourcen zu generieren. Da es sich um große Länder handelt, ist es wichtig zu sehen, dass es im Gesamtprozess auch Entwicklungen gibt, die wenigstens nicht zu einem steigenden Bedarf an traditioneller ODA führen, sondern eher zu einem stagnierendem oder rückläufigem Bedarf. Andererseits steigt der Bedarf vor allem bei den globalen Gemeinschaftsgütern Klima, Gesundheit, Agrarforschung usw. Wir sollten mehr darüber diskutieren, die traditionelle, sich an dem 0,7-Prozent-Ziel orientierende Entwicklungszusammenarbeit um diese neuen Mittel, die wir für die globalen Gemeinschaftsgüter brauchen, zu ergänzen. Auch im Bereich der traditionellen, bezuschussten ODA gibt es Prozesse, die einen Abbau der Zuschüsse ermöglichen. Diese qualitativen Veränderungen, die sich auch in Volumina ausdrücken, müssen wir sehen. Wir sollten uns deshalb nicht nur über Volumina unterhalten, sondern diese qualitativen Veränderungen stärker in den Blick nehmen. Wir müssen auch sehen, dass wir in vielen Entwicklungsländern viele positive Prozesse haben, die es uns erlauben, unsere Entwicklungsfinanzierung qualitativ umzustellen, und eben nicht nur den Volumengesichtspunkt im Blick zu haben. Damit möchte ich zunächst schließen. Danke.

Die Vorsitzende: Vielen Dank Dr. Wolff. Die Kolleginnen und Kollegen haben das Wort. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit, bitte ich soweit es geht, von Stellungnahmen abzusehen, und sich auf Fragen zu beschränken. Als erstes erteile ich das Wort dem Abg. Hoppe.

Abg. Thilo Hoppe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich will mich auf zwei Bereiche konzentrieren. Frau Mauve, wie muss der Gewährleistungsrahmen verändert werden, damit diese Instrumente stärker genutzt werden können? Was geschieht, wenn die Kredite und Darlehen zurückgezahlt werden? Diese Instrumente, die Sie vorgeschlagen haben, sind ja geeignet, um die ODA-Quote relativ stark zu erhöhen. Aber wenn die Kredite zurückfließen, so

sinkt diese wieder. Wir befürworten diese Instrumente, um dies klarzustellen, aber wir sehen auch eine Gefahr, weil diese Darlehen besonders interessant sind für Länder, die schon einen gewissen Entwicklungsstand erreicht haben und für Sektoren, bei denen es um Investitionen in Infrastruktur geht. Sie sind nicht so geeignet für die ärmsten Entwicklungsländer und für Bereiche, wie zum Beispiel Soziales, Bildung und Gesundheit. Besteht nicht die Gefahr, wenn man diese Mittel über Gebühr in Anspruch nimmt, dass sich das Portfolio verschiebt und wir immer mehr die stärker entwickelten Länder unterstützen und dadurch die Quote von 0,2 Prozent für die ärmsten der Entwicklungsländer, die in New York vereinbart wurde, noch stärker verfehlen?

Die nächste Frage richtet sich an das Aktionsbündnis von Dr. Jörg Alt und Peter Wahl. Bei Ihrem Lobbyismus sehe ich die Gefahr, dass wir zwar einerseits die große Chance haben, die Finanztransaktionssteuer jetzt in diesem „window of opportunity“ auch zu bekommen, diese dann aber zur Stopfung von Haushaltslöchern benutzt wird. Es sind ja schon zwei Milliarden im Haushalt für 2012 eingestellt worden. Im Prinzip müssten Sie ja jetzt die Chefhaushälter stark in Angriff nehmen und mit dem Finanzminister ins Gespräch kommen. Laufen da Aktivitäten? Ich glaube, dass das momentan die größte Gefahr ist. Ich glaube, dass Sie uns hier als Bündnispartner haben, dass wir uns gemeinsam dafür stark machen müssen, dass diese zusätzlichen Gelder auch wirklich in den Entwicklungsbereich fließen, zumindest ein Teil davon. Damit möchte ich eine Frage an die Bundesregierung verbinden, gerade an das BMZ. Es soll einen SPIEGEL-Artikel vom 11. Dezember geben, der berichtet, dass auch Herr Schäuble vage andeutet, er könnte sich vorstellen, dass ein Teil dieser Gelder in den Entwicklungsbereich fließen. Gibt es da intensive Gespräche zwischen BMZ und dem Finanzministerium, damit dies auch geschieht und diese Einnahmen nicht wie bei der Flugtickettax wieder an uns vorbeifließen?

Abg. Dr. Sascha Raabe (SPD): Ich werde mich auch auf die Finanzierungsfragen konzentrieren und nicht auf die Qualitäts- und Effizienzdebatte. Ich glaube, wir werden die 0,7 Prozent nur mit Hilfe innovativer Finanzierungsinstrumente erreichen können. Aus dem Haushalt, so wünschenswert dies wäre, werden wir dies nicht schaffen. Bei der Finanztransaktionssteuer sehe ich auch nicht die hier beschworene Gefahr, dass man zwei Ziele nicht gleichzeitig erreichen kann. Das ist eine neue Steuer. Wenn wir etwa 100 Milliarden weltweit erwarten, und wir würden eine Reduzierung des hochspekulativen Handels erreichen, wie es Dr. Nannenkamp gesagt hat, dann würden wir zwar nur 80 Milliarden Euro bekommen. Aber 80 Milliarden Euro sind immer noch besser als nichts, weil das eine neue Steuer ist. Auf Deutschland bezogen bedeutet dies, wenn wir etwa 20 Milliarden erreichen könnten, bzw. der spekulative Handel geht ein wenig zurück und wir erreichen nur 18 oder 15 Milliarden Euro, hätten wir die 0,7 Prozent erreicht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass wegen 0,05 Prozent

Steuer an den Börsen nicht mehr mit Finanzprodukten gehandelt wird. Wenn die Menschen Autos bei 19 Prozent Mehrwertsteuer kaufen, dann kaufen sie diese auch bei 20 Prozent Mehrwertsteuer. Deswegen halte ich dieses Argument aus wissenschaftlicher Sicht für falsch. Herr Alt, Ihre Kampagne „Steuer gegen Armut“ beinhaltet ja nicht nur die Verwendung für Zwecke der Entwicklungszusammenarbeit. Wie hoch sollte der prozentuale Anteil der Mittel sein, für den Sie sich auch im Rahmen der Kampagne einsetzen würden, der konkret für Entwicklungsländer eingesetzt wird? 20, 30, 40 oder 50 Prozent? So richtig es auch ist zu sagen: „Wir wollen auch gegen nationale Armut etwas tun“ – die Mittel kriegt man natürlich leichter über den Haushalt. Da muss man aufpassen, sonst kommt man in die Situation, dass viele Leute eine Petition unterschreiben und am Ende auch nicht ehrlich gesagt wird, wie viel Geld für Entwicklungsländer und wie viel für nationale Zwecke verwendet werden sollen. Ich will das nicht gegeneinander ausspielen, ich glaube auch nicht, dass wir 100 Prozent für die Entwicklungsfinanzierung brauchen. Wir wollen ja auch nicht 1,7 Prozent ODA erreichen. Meine konkrete Frage an Herrn Wahl und Herrn Alt: Wie sollten die prozentualen Anteile festgelegt werden? An die Experten richte ich abschließend eine Frage zur Flugtickettax. Da werden 50 Prozent zweckgebunden für nationale Umweltmaßnahmen verwendet. Die anderen 50 Prozent werden ODA-anrechnungsfähig eher für Anpassungsmaßnahmen, also für Folgebekämpfung von Klimawandel verwendet. Bei den CO₂-Zertifikaten sind wir mittlerweile der Meinung, dass man diese zu 100 Prozent für den internationalen Klimaschutz verwenden soll. Die Mittel sollten aus der ODA-Anrechnungsfähigkeit mittelfristig herausgenommen werden, weil wir die zusätzlichen Mittel, die wir auf internationalen Konferenzen für Entwicklungsfinanzierung beschließen, nicht alle ODA-anrechnungsfähig machen können. Sonst haben wir irgendwann ein Portfolio, bei dem von den 0,7 Prozent über 50 Prozent für den Klimaschutz und nur noch wenig für die Armutsbekämpfung eingesetzt werden. Abschließend bedanke ich mich für Ihre Kampagne. Ohne diese wäre es für uns Entwicklungspolitiker auch schwerer, gegenüber unseren eigenen Fraktionen etwas zu bewegen. Da sind Sie uns eine sehr große Hilfe. Deshalb laden wir Sie auch immer sehr gerne hierher ein.

Abg. Joachim Selle (CDU): Ich habe mich in Vorbereitung der heutigen Anhörung noch ein bisschen in Amerika und Europa zur Finanztransaktionssteuer umgehört. Da gibt es durchaus widersprüchliche Aussagen. Insofern wird das, was Herr Wahl freudevoll verkündet hat, etwa dass es keine technischen Schwierigkeiten gibt, nicht ganz so gesehen. Die erste Aussage war, wenn sich wichtige „Player“ einig sind, dann kommt die Steuer. Damit werden die „Großen“ gemeint, vor allem auch die Amerikaner. Ich frage jetzt einfach mal in diesem Zusammenhang: Gibt es eigentlich Partnerorganisationen in wichtigen Ländern, die wie Sie Basisarbeit betreiben, damit wir da eventuell auch von dieser Seite Unterstützung bekommen? Ich habe meine Sympathie zur Finanzmarkttransaktionssteuer zu erkennen gegeben, muss aber sagen,

Herr Raabe, dass Steuern der Finanzierung des Staates dienen. Dieses Prinzip ist schwer zu durchbrechen, obwohl wir, wenn wir die entsprechenden Einnahmen generieren, natürlich auch Spielräume bekommen, um in der Entwicklungshilfe etwas zu tun. Das Zweite, das in diesem Zusammenhang noch nicht ganz klar war, ist die Frage, wie die Produkte bewertet werden und welche Höhe der Steuer verträglich ist. Es gibt Experten aus den Instituten, die die Finanzprodukte erstellen, die sagen: „Das kann kein Problem sein, wir können damit leben wenn die Bemessungsgrundlage ziemlich breit und der Steuersatz relativ niedrig ist“, ein altes Prinzip. Es ist vollkommend unklar, wie das konstruiert und bewertet wird und wie man die Bürokratie klein hält. Es ist auch nicht einfach nur ein Abzug wie bei der Miete erforderlich. Wie wird denn da an den Details gearbeitet, damit Transparenz besteht, dass es eine machbare Geschichte wird und dass wir nicht nur etwas fordern, was wir vielleicht gerne hätten, was aber nicht ganz verstanden wird? Da wir heute über die Finanzierung der Entwicklungszusammenarbeit, also nicht nur über das direkte Gewinnen von neuen Mitteln, sondern über das bessere und effizientere Einsetzen von vorhandenen Mitteln, sprechen, möchte ich Frau Mauve ansprechen. Wir haben auch im ersten Teil gehört, dass Mittel effektiver eingesetzt werden sollen. Sofern Schuldentragfähigkeit vorhanden und Hebelung möglich ist, so schreibt die KfW in ihrer guten Vorbereitung, geschieht dies natürlich auch im Sinne eines effektiven Einsatzes bzw. einer besseren Kontrolle in den Ländern. Insofern würde mich interessieren, was aus Sicht der KfW bis zum Jahr 2015 noch an zusätzlichen ODA-Mitteln möglich wäre, ob die Projekte da sind und welche Zahlen dazu aus dem Haushalt nötig wären, zum Beispiel eben auch für die Verbürgung der Förderkredite.

Die Vorsitzende: Vielen Dank. Ich begrüße jetzt auch ganz herzlich die Kolleginnen und Kollegen aus dem Haushaltsausschuss und aus dem Finanzausschuss und gebe das Wort dem Abg. Trost.

Abg. Dr. Axel Troost, (DIE LINKE.): Dankeschön. Ich bin der finanzpolitische Sprecher der Linken und mit der Finanztransaktionssteuer befasst. Ich würde auch sagen, dass diese nicht so einfach funktioniert wie das Abbuchen der Miete. Sie funktioniert aber so einfach wie das Abführen der Zinsabschlagssteuer der Banken. Diese wird auch ganz automatisch ans Finanzamt abgeführt, wobei ebenfalls jede Transaktion erfasst wird. Meine Frage geht an Herrn Nunnenkamp, der gesagt hat, dass es schwierig bzw. unmöglich ist, mit einem Instrument beide Ziele zu erreichen. Das hört man auch von den Finanzpolitikern der Koalition immer wieder. Wahrscheinlich haben wir das Gleiche studiert. Da haben wir im ersten Semester gelernt, mit möglichst wenig Mitteln möglichst viel zu erreichen ist Unsinn. Das müssen wir anders definieren. Schätzungen ergeben, dass ein Steuersatz von 0,01 Prozent im Schnitt ungefähr 12 bis 13 Milliarden Euro, und ein Steuersatz von 0,05 Prozent ungefähr 27 Milliarden

einbringt. Können Sie vor diesem Hintergrund verstehen, dass gesagt wird: „Hab ich dir doch gesagt. Du hast den Steuersatz verfünffacht und nur das Doppelte an Einkommen bekommen“. Können Sie verstehen, dass die Befürworter dann nur sagen: „So what?“? Wenn wir 27 Milliarden Euro an Einnahmen kriegen können und 80 Prozent des hochspekulativen Teils der Transaktionen damit verhindert werden, ist das doch in Ordnung. Denn je näher man an der Realwirtschaft ist, desto weniger wird zurückgedrängt; und je spekulativer es ist, desto mehr wird es zurückgedrängt. 80 Prozent des Derivate-Handels wird möglicherweise nicht mehr stattfinden. Das ist ein vernünftiges Ergebnis und wir können sowohl mit dem fiskalischen Ertrag als auch mit dem Ergebnis der Zurückdrängung hochspekulativer Transfers gut leben. In dem Zusammenhang können Sie auch gut verstehen, dass der Präsident des deutschen Sparkassen- und Giroverbands Haasis sagt, wenn man überhaupt in so eine Richtung geht, ist das im Gegensatz zur Bankenabgabe die richtige Maßnahme. Meine zweite Frage richtet sich an die Träger der Initiative, die ich auch ausdrücklich zu den Aktivitäten, die in diesem Jahr zustande gekommen sind, beglückwünschen will. Können Sie noch mal den Vorteil der Finanztransaktionssteuer gegenüber all dem was jetzt diskutiert wurde, wie die Bankenabgabe usw., darstellen? Wenn im Haushalt zwei Milliarden eingespart werden müssen, dann ist dafür nur eine geringe Finanztransaktionssteuer notwendig. Andererseits braucht man, um zwei Milliarden Euro zu erreichen, eine sehr große Bankenabgabe. Diese wäre für viele Banken tödlich, weil es eben dem Vorhaben entgegenläuft, Eigenkapital nach Basel III zu bilden.

Die Vorsitzende: Danke an Abg. Trost. Für Kollegen, die den Abg. Trost nicht kennen, er gehört der Fraktion DIE LINKE an. Jetzt soll ich eigentlich schließen, offiziell. Es sind aber noch viele Fragen gestellt worden; an Herrn Alt, Herrn Wahl, Herr Nunnenkamp und Frau Mauve. Ich gebe zuerst das Wort an Frau Mauve.

Susanne Mauve (Kreditanstalt für Wiederaufbau): Ich versuche mich ganz kurz zu fassen. Das waren auch drei konkrete Fragen, von Ihnen Herr Hoppe und eine von Herrn Selle. Zur Frage, wie der Gewährleistungsrahmen aufgestockt werden muss. Wir sind im Augenblick bei 3,6 Milliarden Euro angelangt. Mit entsprechenden Bedarfsschätzungen haben wir berechnet, dass wir bei den sogenannten Förderkrediten 6,2 Milliarden Euro brauchen. Das wäre eine Erhöhung des Gewährleistungsrahmens für diesen spezifischen Zweck um 2,6 Milliarden Euro. Ich schätze, wir liegen damit immer noch im Ein-Prozent-Bereich des Gesamtgewährleistungsrahmens, den man in dieser Form für eine Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit nutzen würde. Damit einher geht auch die Antwort an Herrn Selle. Auch da haben wir mit überschlägigen Berechnungen, die eben auf dieser Öffnung des Gewährleistungsrahmens beruhen, zusammen mit den Kollegen aus der Länderabteilung, die direkten Kontakt zu den Partnern haben, versucht, eine Prognose zu erstellen. Da kommt eine

Zahl zwischen zehn und dreizehn Milliarden Euro an kumulierter Netto-ODA in den Jahren 2011 bis 2016 heraus. Man könnte also einen ganz anschaulichen Betrag zusätzlich stemmen. Dann kam die Frage, und das ist ja tatsächlich so eine Sinnfrage zur ODA, wie es ist, wenn die Mittel zurückkommen. Ja klar, die statistische Antwort ist: Ein Kredit wird ODA-positiv gezählt, wenn er ausgezahlt wird und ODA-negativ, wenn er zurückgezahlt wird. Jeder, der schon mal ein Haus finanziert hat, weiß, dass dazwischen etwas passiert und am Ende noch ein Haus übrig ist. Ähnlich sehen wir das auch aus der entwicklungspolitischen Wirkungsperspektive heraus. Hier muss man, so glaube ich, auch tatsächlich auf die Wirkung schauen. Wenn man es rein statistisch betrachtet, dann hätten wir trotzdem mit dem jetzt geschilderten Instrumentarium die Möglichkeit, zumindest bis zum Jahre 2015, einen erheblichen Anstieg der ODA-Quote hinzubekommen. Ich weise auch darauf hin, dass wir eine ganze Reihe von Ländern haben, die aus der ODA-Liste herausgefallen sind und deren Rückflüsse inzwischen auch nicht mehr negativ gezählt werden. Das sind Länder wie Türkei, Portugal, Südkorea und Thailand. Viele Förderkredite setzen wir im Augenblick in China um. Da erwarten wir in zehn Jahren, dass sie von der DAC-Liste verschwinden. Dann würden die, rein statistisch gesehen, nicht mehr negativ gezählt werden. Letzte Frage: Was ist mit den anderen Ländern, wo wir nicht mit diesem Instrumentarium arbeiten können? Da kann ich nur sagen: Je mehr wir in den Ländern, die schuldentragfähig sind, diese gehebelten Produkte einsetzen, desto mehr Haushaltsmittel in Zuschussform sind übrig für die Länder, in denen dies nicht möglich ist; die Burkina Fasos dieser Welt die Côte d'Ivoires. Für die können wir mehr machen, wenn wir in Indonesien und Vietnam nicht mehr mit Zuschüssen arbeiten.

Dr. Jörg Alt (Steuer gegen Armut): Wie stellen wir uns die Aufteilung der Mittel vor? Kampagnenkonsens ist, dass wir fordern, dass das eingenommene Geld für die Bekämpfung weltweiter Armut, die Bekämpfung der Folgen des Klimawandels und die Bewältigung der Folgen der Weltwirtschaftskrise bei uns eingesetzt wird. Auf das hat sich die Kampagne geeinigt. Wie das prozentual aussieht, ist eine Frage, die hier wahrscheinlich die Zeit sprengen würde, zumal uns Bundesminister Schäuble mit der Äußerung überrascht hat, dass er sich vorstellen könnte, mit der Steuer die Mittel der Entwicklungshilfe aufzustocken, wie im SPIEGEL zu lesen ist. Ich hätte auch gerne von Frau Kopp gewusst, ob sie dazu Näheres sagen kann. Wir sind auch gerne bereit, über diese Frage mit den Haushältern zu sprechen oder eben mit Vertretern des Bundesfinanzministeriums. Natürlich müssen wir darüber reden und auf einen Kompromiss einschwenken, aber wie gesagt, wir wären hier zeitlich überfordert, wenn wir diesen breiten Kampagnenkonsens, in Prozentzahlen gießen sollten. Die Frage nach den Strategien, die wir mit den anderen EU-Ländern verfolgen, um eine EU-weite Unterstützung zu erreichen, wird Herr Peter Wahl beantworten.

Peter Wahl (Steuer gegen Armut): Zur Frage von Herrn Selle. Es gibt ein informelles globales Netzwerk, das in monatlichen Telefonkonferenzen die Kampagnen zu dieser Geschichte plant. Die Hauptsäulen sind unsere Kollegen von „Americans for Financial Reform“ aus den USA. In Europa bereiten wir für das kommende Jahr, in dem Sinne, in dem ich vorhin gesprochen habe, ebenfalls eine Kampagne vor, eine verstärkte Koordination. In allen großen EU-Ländern gibt es nationale Bündnisse und Allianzen. Eine Bemerkung zur Bürokratie und zur Transparenz: Die existierenden elektronischen Plattformen für den Zahlungsausgleich wie „Continuous Linked Settlement Bank“ oder auch TARGET sichern diese Transparenz für die Aufsichtsbehörden ab. Insofern ist also das Moment der Transparenz für die Erhebung der Steuer gewährleistet. Zur Frage von Herrn Trost. Auf dem Tisch liegen im Augenblick im Wesentlichen vier Vorschläge: die Bankenabgabe, die Finanztransaktionssteuer, eine vom IWF vorgeschlagene Financial Activities Tax (FAT) und die von der Leading group der UNO vorgeschlagene „Currency Transaction Levy“. Wir sind gegen keine dieser vier Vorschläge, sondern wir denken, die machen alle einen bestimmten Sinn. Welche man favorisiert, ist eine politische Entscheidung. Man muss natürlich auch deren Reichweite bewerten, und da kommen wir zu dem Schluss, dass von den vier Instrumenten, die FTT uns das Liebste ist. Erstens weil das Aufkommen, das damit erzielt wird, wahrscheinlich das höchste ist. Zweitens wegen der regulatorischen Wirkung, weil die FTT tatsächlich Spekulation angreift; im Gegensatz zur Bankenabgabe, die auch den Nachteil hat, dass sie eben nur die Banken erfasst. Darunter auch leider eine Gruppe der Falschen, wie die Sparkassen, die an dem Casinosystem überhaupt nicht beteiligt sind. Zu den anderen Instrumenten kann ich in der Kürze nichts sagen. Man muss sie einzeln vergleichen. Wir wollen sie nicht gegeneinander ausspielen, aber vor allem die Bankenabgabe und die FTT sehen wir als komplementär an.

Dr. Peter Nunnenkamp (Institut für Weltwirtschaft): Wenn ein Banker für die FTT und gegen die Bankenabgabe ist, dann argumentiert er offensichtlich pro domo. Das ist dann kein Argument für irgendetwas, außer für seine eigenen Interessen. Im Übrigen haben wir im dritten Semester gelernt, man könne das so machen. Klar können Sie das, ich habe das nie bestritten. Ich bestreite nur, dass es optimal ist, es so zu machen. Ich versuche es noch mal mit der Tabaksteuer zu veranschaulichen. Wir haben gerade eine Erhöhung gehabt. Hat die etwas mit Regulierung zu tun gehabt? Ich dachte, die hätte nur etwas damit zu tun gehabt, dass wir einige Milliarden Euro brauchten und uns diese eben aus der Tabaksteuer geholt haben. Genau das gleiche wird mit der FTT geschehen. In fünf oder zehn Jahren werden wir uns wieder treffen und sagen, wir brauchen zehn Milliarden Euro. Dann erhöhen wir irgendeine Steuer, meinetwegen eine Spezialsteuer, vielleicht die FTT, und keiner redet mehr von Regulierung. Ich bin dafür, die Sachen getrennt zu halten, weil es schlicht und ergreifend optimal ist.

Die Vorsitzende: Herr Alt, Sie haben eine Frage an die parlamentarische Staatssekretärin gestellt. Ich bitte Sie, diese außerhalb der Sitzung zu klären. Es ist nämlich nicht üblich, dass Sachverständige Fragen an die Regierung stellen. Der Abgeordnete Hoppe kann sein Anliegen ebenfalls bilateral klären. Es ist fünf Minuten vor elf, und um elf beginnt die Regierungserklärung der Kanzlerin. Ich bedanke mich ganz herzlich bei den Sachverständigen für ihr Kommen, bei den Kollegen für die Fragen und bei der Empore für das Zuhören. Ich wünsche einen guten Nachhauseweg und schließe die Anhörung.

Ende der Sitzung: 11.00 Uhr

Dagmar Wöhl, MdB

Vorsitzende

Statements